legungen in Deutschland ist dies schon die Auswirkung der zerstörten Kaufkraft.

Nach den Berichten für Dezember, die noch nicht abgeschlossen vorliegen, sinkt die Ausfuhr weiter. Bemerkenswert ist die Steigerung der Ausfuhr von Brotgetreide, d. h. Roggen und Weizen, das später wieder zu teureren Preisen eingeführt werden muß.

Internationale Preistreiberei.

Die Vorboten der europäischen Wirtschaftsunion.

Die American Cotton Association hat eine Versammlung von Baumwollfarmern, Kaufleuten und Bankiers auf den 7. Januar in Atlanta Georgia zusammenberufen, um die Methoden zu besprechen, die Baumwollernte für 1926 zu verringern, um höhere Preise zu erzielen.

Das amtliche Wirtschaftsorgan der deutschen Demokratischen Republik sagt zu dieser Meldung:

„Was sagt Hoover dazu?"

Damit soll angedeutet werden, daß die Gesetzgebung da etwas dazwischen zu reden hätte. Man könnte ebensogut fragen, warum die Republik ihre Bergwerke still legt. Etwa um Geld zuzusetzen?

Wie sehr das Baumwollkapital (wie das Kapital überhaupt) die Gesetzgebung in der Hand hat, davon zeugt die Tatsache, daß in Aegypten in diesen Tagen ein Gesetz erlassen wurde, das den Plantagenbesitzern bei hoher Geldstrafe verbietet, im kommenden Jahre nicht mehr als ein Drittel des Ackers mit Baumwolle zu bestellen, als im Vorjahre.

Das Gesetz ist im Interesse und im Auftrage der großen Baumwollkapitalisten erlassen. Sie zwingen damit auch die Kleinen sich ihren Profitbedürfnissen zu beugen.

Die Auswirkung dieser Einschränkungen wird sich in Arbeitslosigkeit der Textilarbeiter und in Verteuerung sämtlicher Bekleidung bemerkbar machen.

Die Schnapsrepublik.

Das Schnapskapital erhält Staatssubvention.

Das Reichsmonopolamt berichtet: „Im November 1925 wurden insgesamt hergestellt 197 467 hl, während der Gesamtabgang sich auf 165 109 hl bezifferte. Die Bestände der Reichsmonopolverwaltung an unverarbeitetem Branntwein betrugen bei Beginn des Monats 1 072 815 hl und bei Schluß des Monats 1 096 409 hl; am Schluß des Monats waren in Eigenlagern vorhanden 18 142 hl."

Mit anderen Worten heißt das, daß der Bestand von 1 078 267 Hektolitern im Werte von rund 5 Millionen Mark an die Schnapsindustrie geliefert, aber nicht bezahlt ist. Wieviele Jahre das gesamte Kapital der Reichsmonopolverwaltung schon an das Schnapskapital verschlechtert ist, wird in der verschleierten Bilanz nicht gesagt.

Das Brauereikapital wirft Riesenprofite ab.

Nach einer Aufstellung der „Vossischen Zeitung" (v. 30. 12. 25) haben sechs Brauereien, mit einem Aktienkapital von 31,23 Mill. Mark, bei einem Zugang von 4,73 Mill. M., Reserven von 3,14 Mill. M. und Abschreibungen in Höhe von 3,46 Mill. M., rund 6,14 Mill. Mark Reingewinn erzielt, gleich 19,6 Prozent des Aktienkapitals. Drei Unternehmen schütten 12 Prozent, die drei anderen 20 Prozent Dividende aus. Auf Konto Außenstehende Forderungen stehen 9,99 Mill. M., auf dem der Schulden nur 5,47 Mill. M. Das sind 5½ Millionen Mark Profit, der nicht verteilt wird. Insgesamt hat sich das Braukapital mit reichlich 35 Proz. verzinst. Der dritte Teil des gesamten werbenden Kapitals in einem Jahre verdient. Das ist ein Geschäft!

Ob die Brauereiarbeiter merken, daß die Löhne im umgekehrten Verhältnis zu den Bierpreisen stehen?

Eine neue Autokreditbank.

Die deutschen Großbanken haben ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Abzahlungsgeschäft aufgegeben und stehen im Begriff, eine Automobilkreditbank zu gründen, die das Abzahlungsgeschäft betreiben soll. Die Triebfeder sind die schon gegründeten Institute, die teils direkt amerikanisch, teils mit amerikanischer Kapitalbeteiligung betrieben werden. Diese wurden zwar auch gegründet, Automobile der deutschen Industrie an den Mann zu bringen. Da hierzu aber das Kapital zu knapp ist und die amerikanische Automobilindustrie langfristige Zahlungsstundungen gewährt, haben sie sich auf den Vertrieb amerikanischer Automobile geworfen und überschwemmen mit diesen das Land.

Das neue Institut soll nur deutsche Autos vertreiben. Die Vorbereitung trifft die deutsche Bank. Das vorläufige Kapital, das von den Großbanken und der Automobilindustrie aufgebracht werden soll, soll 10 Millionen Mark betragen. Weitere Kapitalien, die mindestens das mehrfache des Anfangskapitals betragen sollen, sollen aus — Amerika beschafft werden!

Ob schließlich die amerikanische Kapitalskraft die zweifellos sehr bald die neue Bank beherrschen wird, sich nicht auch besinnen wird, daß mit amerikanischen Autos ein besseres Stück Geld zu verdienen ist?

Jugendbewegung

Rebellen.

In der Zeit der lebhaftesten Industrialisierung war es. Aus den östlichen Provinzen hatte man unzählige junge Arbeiter unter allerlei Versprechungen in die betreffende Bergwerksgegend gelockt. Betriebsführer erhielten als Werber dieser Sklaven beträchtliche Prozente. So wurden dieselben waggonweise transportiert und am Ziele in Baracken untergebracht. Im Gegensatz zu den „Eingeborenen" bekamen die „Fremden" eine Logiszulage von 50 Pfg. pro Tag. Damit war von vornherein jede Harmonie unter den Arbeitern zerstört. Das Kapital verstand damals schon die Psyche und materiellen Einflüsse auf diese, im eigenen Interesse zu handhaben. Mit dem Ueberfluß von Arbeitskräften setzte auch der Abbau der Zulage ein. Ihrer Jugend entsprechend waren die Fremden als Förderleute beschäftigt. Am schwarzen Brett prangte eines Tages die Bekanntmachung:

„Wir sind nicht mehr in der Lage, die Sonderzulage an diejenigen zu zahlen, die zugezogen sind, weil ein Teil derselben schon inzwischen einen eigenen Hausstand gegründet hat und die Eingesessenen, die aus dem Logis der Eltern gehen sonst auch die Zulage zu beanspruchen hätten. Die Werksverwaltung."

Von den Betroffenen ging keiner an seine Arbeit. Im Nu war auf einem der großen Betriebe eine ganze Masse versammelt, die stürmisch die Zurückziehung der Bekanntmachung verlangte. Der Betriebsleiter antwortete darauf, daß er nichts daran ändern könne, da es von der Direktion angeordnet sei. „Dann wird der Betrieb stillgelegt!" Einige Dutzend begaben sich in den Schacht und holten die sich nur widerwillig vorwärtsbewegenden Arbeiter heraus, die immer wieder entgegneten: „Wir haben doch mit eurem Abzug nichts zu tun; wir bekommen doch noch genau soviel als vordem. Sie wurden aber gewaltsam herausgedrängt. Die Beamten des Betriebes liefen wie kleine Kinder herum, die darum betteln, verdiente Schelte nicht zu empfangen. Mit allerlei Redensarten versuchten sie die Empörten zu beruhigen. Erst als es denselben zu weit ging und die Beamten aufgefordert wurden, wenn sie unbehelligt bleiben wollen, auch ruhig zu sein zogen sie sich zurück. Als Alle aus dem Schacht herausgeholt waren, ging man nach Hause. Am anderen Tage waren schon Freiwillige da, die die Arbeit der Rebellen verrichten wollten. Jetzt setzte der Aufruhr erst richtig ein. Den Streikbrechern wurde kurz erklärt, daß sie Lumpen seien und als das nichts half, wurde ihnen die Arbeit entrissen und die Wagen voll Gesteinsmassen die Halden hinuntergestürzt bezw. umgeworfen. Als Beamte mit Arbeitswilligen die Aufrührer angreifen wollten, warfen dieselben mit Steinen. In einer halben Stunde war der ganze Betrieb geräumt. Die Rebellen beherrschten das Kampffeld.

Jetzt gab es noch einen Weg für den Betriebsleiter. Er wußte nur zu gut, daß nur noch der Pfarrer helfen konnte, auf den diese Fremdlinge als Katholiken hören würden. Er hatte richtig spekuliert. Dem schleimigen Gewäsch von der Untertanenpflicht und dem Gehorsam widerstanden nur wenige. Der andere Tag erwachte und gleich wie vor Wochen schleichen die Bergmannsgestalten dem Schachte zu. Vor dem Tore stehen 10 Polizeiwachtmeister. Keiner empört sich. In der Brust der Zusammengebrochenen wechseln Angst- und Hoffnungsgefühle. Ob auch wir verhaftet werden? Aber wir haben uns doch zuletzt gefügt und der Pfarrer und Betriebsleiter hatten uns Straffreiheit zugesichert. Wenn uns nur keiner verrät! So sprangen die Gedanken hin und her.

Andere, bewußt ihrer Handlung: dieses Gesindel wird uns einsperren, quälen; wird triumphieren. Es hat nicht anders sein können, wir lassen uns nicht unterkriegen. — Auf dem Betriebe war alles voll von Polizei. Schon am ersten Tage wurden 8 Rebellen mit gefesselten Händen in das nächste Gefängnis transportiert. Trotz und Haß lag auf ihren Gesichtern. Noch 14 Tage schwelgte die Polizei im Freibier und Freifraß als würdige Henker ihrer Auftraggeber. Und mancher Rebell wurde noch denunziert von den Spitzeln im Arbeitskleid, von diesen Mordbrennern in den Kerker geschleppt.

Diesen ersten Anfängen von revolutionärem Geist folgte eine lange Periode der Unterwürfigkeit. Und verschiedene Jahre der Empörungsversuche ist die unerbittliche Strenge der Auflehnung, des Aufruhrs, der daraus sich entwickelten Revolution noch nicht gefolgt.

Der Jugend sei zugerufen: Ihr müßt Rebellen werden, wenn ihr Revolutionäre werden wollt!

Ausland

Zur Lage der Arbeiterklasse in England

Nachdem sich die Arbeiterpartei in ihrer Konferenz auf die Seite derjenigen ge teilt hat, die jetzt, wo der Kapitalismus sich vor unheilbaren Schwierigkeiten befindet, mit ihm zusammensetzt, zu beraten, wie ihm eine neue Lebensfrist verschafft werden kann, trägt das Unternehmertum seinen Angriff auf die Lohnhöhe der englischen Arbeiter unbeirrt und mit zäher Ausdauer vorwärts. Im Schiffbau, bei den Eisenbahnern, im Kohlenbergbau werden durch Kommissionen mit Beteiligung der Arbeiterschaft, Nachforschungen angestellt, um den Interessen des „Berufes" und der Arbeitnehmer gleichermaßen gerecht zu werden. Immer mit dem gleichen Erfolg: Aus Gründen der Auslandskonkurrenz, vornehmlich Deutschlands, muß die Arbeit ergiebiger gestaltet werden. Bessere Maschinen, bessere Organisation, stärker angespannte Arbeitskraft, vielleicht auch ein längerer Arbeitstag — und dann Kredite für die Unternehmen. — Der „Manchester Guardian schreibt den Unterschied zwischen Scarborough mit Liverpool vielleicht nicht mit Unrecht dem Umstande zu, daß auf dem Kongreß der Arbeiterpartei die Kommunisten gezwungen waren, unmaskiert, d. h. im Sinne des liberalen Blattes, in revolutionärer Rüstung zu erscheinen. — In Beisein solch hoher Herren wie Ramsay Mac Donald, wagten dann die Linken, solch tollkühnes Gebahren nicht mitzutun. — Jedenfalls war die Werbewoche der englischen kommunistischen Partei ein großer Mißerfolg. Der Mitgliederzuwachs betrug im Ganzen 783 Personen. Die englische Taktik hat ja auch wohl zu dem berühmten Ekkibrief Pate gestanden und schon werden die Wahlversammlungen danach aufgezogen: Getreu dem Worte Stalins, daß auch Radeck noch ein Frühjahr in seiner Antwort an Price-Newbold unterstrichen hat, daß z. Zt. Amerika und England stark genug sind, um frisches Blut in die Adern des französischen und deutschen Kapitalismus zu gießen. Damit wird das Schwergewicht der Revolutionierung der Massen im wirtschaftspolitischen Klassenkampf der alten Industrieländer, auf die Außenpolitik — Kriegsdrohung — und den fernen Osten verlegt.

Unterdessen spitzt sich aber die Lage in England unter dem Gesichtswinkel. Zurückschrauben der Lebensansprüche oder wirklicher Klassenkampf, immer mehr zu. Trotz ihres Sieges werden die Bergarbeiterlöhne gestützt auf die Ergiebigkeitsklausel in einzelnen Teilen des Landes gekürzt und die Eisenbahner flüchten aus der heiligen Allianz; ihre Front wird zersplittert. Thomas organisiert die Niederlage. — Die Regierung verbindet sich öffentlich mit der OMS., **Organisation zur Mobilmachung von Streikbrechern** und rüstet auch Bürgermiliz für die Kämpfe des Frühjahrs. „The Workers Weekly" vom 20. 11. 25 berichtet, daß I. H. Thomas auch noch daran ist, nachzugeben. Er versichert, daß er in die Verhandlungen „ohne Bitterkeit" und unbeeinflußt von Klassenkampfideen und dem Mob eintritt. Schon hat er in seinen Reden den Standpunkt des „Alle Gruppen Programms" aufgegeben, d. h. daß die Sache aller im Eisenbahnbetrieb Tätigen gemeinsam behandelt werden soll. Vor allen Dingen ist aber Thomas nicht der Mann, der einen wirklichen Kampf zu führen bereit ist. Es handelt sich hierbei um nicht wenig. Der karge Lohn von 48 Schilling wöchentlich für eine sechsköpfige Familie soll um 4 sh. in den Industriezentren und um 6 sh. im Landgebiet gekürzt werden. — Trotzdem nachgewiesen wurde, daß schon jetzt die notwendigsten Ausgaben diesen Lohn um 3 sh. überstiegen antwortete der Vertreter der Unternehmer verstockt: „Er gebe nicht zu, daß solche Lohnverkürzung Mangel und Not für eine solche Familie bedeute." Es handelt sich bei diesen Vorschlägen um einen erneuten Lohnverlust für die Eisenbahner von 7 Millionen Pfund, nachdem sie in den Jahren 1921—23 schon eine Lohnkürzung von 55 Millionen Pund Sterling erlitten haben. Es konnte dem stöhnenden Bonzen nachgewiesen werden, daß die Hauptschuld an der scheinbar mißlichen Lage die Kapitalsverwässerung trage. Groß-Britannien hat durchschnittlich 56 Pfund Kapital für eine Eisenbahnmeile gegen 27 in Europa und 13 in Amerika investiert. Das bedeutet, daß immerhin das Kapital durch rationelles Geschäftsgebaren eine Zeitlang seine Profite noch retten kann. — Aber was uns am meisten interessieren muß, ist, daß die Front der Eisenbahner dadurch geschwächt wird, daß der Verband der Lokomotivführer und Heizer nicht in gemeinsamer Front mit den übrigen Eisenbahnern auftritt, und auch der Verband der vereinigten Eisenbahner aus der Allianz um Cook herum ausgetreten ist. Die Unternehmer versuchen nun die ganze Front aufzurollen.

Es wird alles getan, um Stimmung für eine Lohnkürzung der Bergleute zu machen. Wie schon erwähnt, ist dies schon auf verschiedenen Kohlenfeldern geschehen. Jetzt sucht Sir Douglas Hogg, das Feld freizubekommen für die schärfsten Maßnahmen der Regierung. Der Herr Staatsanwalt läßt sich also vernehmen: „Es kann sein, daß der Bericht nicht nur Opfer von Seiten der Industrie verlangt. Doch wenn unglücklicherweise die Bergleute ihre Last, verleitet durch radikale Elemente nicht tragen wollten, wenn es nun Streik gäbe . . . . , einem einfachen politischen Kampf gegen die Regierung. Wenn die Bergleute diesen Kurs einschlagen, müßte die Regierung hinter sich die aufrichtige Sympathie jedes ehrlichen Bürgers, gleich von welcher Partei, haben. Die Regierung würde kämpfen, nicht nur mit der Macht, sondern auch mit dem Recht auf ihrer Seite." — Während so das Bürgertum für die kommenden Kämpfe rüstet, fiebert die Allianz der Bergleute, des Maschinisten, der Transportarbeiter und der Eisenbahner unter den Eifersüchteleien der verschiedenen Organisationen. J. T. Murphy prägt den Satz, **„daß der Industrieverband den Zunftgeist nicht ausschließt."** Die N. U. R. (der Nationale Verband der Eisenbahner) hat die Reihen der Allianz verlassen, weil er eine Vereinigung sämtlicher Verbände des Eisenbahnerwesens nicht durchsetzen konnte. Außerdem, wie gesagt, droht auch die Allianz eine Nebenbuhlerorganisation zum Generalrat der Gewerkschaften zu werden. —

Alles in allem, auch in England ist vieles im Fluß, aber der Sieg liegt noch in weiter Ferne.

Cuba

Wie „La Solidaridad-Chikago" meldet, schmachtet auch Cuba unter einem faschistischen Regiment, ähnlich wie Italien, Spanien und Chile. Der „liberale" Präsident Machado übt eine wahre Schreckensherrschaft aus. Die syndikalistischen Organe „Progreso" und „Tierra" wurden verboten. Außerdem sollen alle Ausländer ausgewiesen werden, die in der syndikalistischen, kommunistischen, ja selbst in der bürgerlich-radikalen Bewegung tätig sind. Ein Teil der Fabriken wurde militärisch besetzt. Der Genosse Varona Gonzalez, früher Organisator des Syndikats der Eisenbahner Cubas, der im Frühjahr anläßlich eines von Lockspitzeln verübten Bombenattentas verhaftet, später aber wieder frei gelassen worden war, wurde von einem Schwarzen ermordet. Der Mörder flüchtete in das Gendarmeriegebäude, so daß die Schuld der Behörden klar erwiesen ist. Und was hatte ihn so verhaßt gemacht? Er war 1924 Führer eines großen Eisenbahnerstreiks gewesen, durch den die Zuckerbarone geschädigt worden waren.

Brasilien

Auf dem brasilianischen Syndikalistenkongreß waren „La Protesta" zufolge 30 Delegierte anwesend. Gegen die Reaktion in Bulgarien, Chile und Rußland wurde feierlich Protest erhoben. Der Vertreter der „Classo Operaria", des Organs der Kommunistischen Partei in Rio de Janeiro, wurde zurückgewiesen. Man rief ihm zu: „Reformismus! Mörder von Kronstadt!" Im übrigen bekannte sich der Kongreß zur IAA. und beschloß, wenn möglich, zum amerikanischen Kongreß nach Panama einen Vertreter zu entsenden. Andernfalls sollte der argentinische Delegierte die Vertretung Brasiliens mit übernehmen. Wie mitgeteilt wurde, befinden sich in Brasilien 1400 politische Gefangene, darunter 300 Syndikalisten, die meistens aus Nordbrasilien stammen. Es wurde beschlossen, an allen Orten Hilfskomitees für die Gefangenen ins Leben zu rufen. Ferner soll der Kampf für die 44-Stundenwoche aufgenommen werden. Weiter ist vorgesehen, daß das Organ „O'Syndikalist" in Zukunft regelmäßig erscheinen soll, und zwar einmal wöchentlich. Um dem Geldmangel abzuhelfen, haben die einzelnen Ortsgruppen einen bestimmten Geldbetrag zu diesem Zweck abzuführen.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Arbeitsplan für Januar 1926.

2. Woche.

Dienstag, den 5. Januar: Berliner Zentrale.
Donnerstag, den 7. Januar: Berliner Arbeits-Ausschuß.

3. Woche.

Dienstag, den 12. Januar: Berliner Zentrale.
Donnerstag, den 14. Januar: Berliner Arbeits-Ausschuß.
Freitag, den 15. Januar: Mitglieder-Versammlungen in den Unterbezirken.

4. Woche.

Dienstag, den 19. Januar: Berliner Zentrale.
Donnerstag, den 21. Januar: Berliner Arbeits-Ausschuß.
Freitag, den 22. Januar: Revolutions-Kundgebung im Saalbau Friedrichshain.

5. Woche.

Dienstag, den 26. Januar: Berliner Zentrale.
Donnerstag, den 28. Januar: Berliner Arbeitsausschuß.
Freitag, den 29. Januar: Mitglieder-Versammlungen in den Unterbezirken.

Die Sitzungen der Berliner Zentrale und des Arbeits-Ausschusses beginnen pünktlich um ½8 Uhr abends.

Allgemeine Arbeiter-Union
Kommunistische Arbeiter-Partei.
Donnerstag, den 14. Januar 1926,
nachmittags 2 Uhr:
Große öffentliche
Erwerbslosen-Versammlung
in
Neukölln, Kindl-Brauerei, Hermannstraße.
Thema:
Steigendes Elend. — Was ist zu tun?

2. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7,30 Uhr, im Lokal Oehlschläger, Berlichingenstraße 5, Mitgliederversammlung. Referat: **Die Entwicklung der Religion und des Gottesglaubens.** — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

3. Unterbezirk (Wedding). Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal von Köhn, Neue Hochstraße 28. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7,30 Uhr Mitgliederversammlung, bei Jakob, Galvanistraße 7. Vortrag: **„Die Akkumulation des Kapitals".** Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

17. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bartsch, Neue Bahnhofstraße. Sympathisierende mitbringen. Referat über **„Psychoanalyse und Marxismus".**

18. Unterbezirk (Cöpenick). Freitag, den 8. Januar 1926, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in Cöpenick, Rudower Straße 21. — Die Genossen müssen vollzählig erscheinen.

19. und 20. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung in Reinickendorf, Ecke Sommer- und Seebeckstraße. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Mitarbeiter! Berichterstatter!

Einsendungen für die Presse sind stets an den Verlag, Berlin O. 17, Warschauer Straße 49 oder an die Pressekommission zu übermitteln. **Nie an die Druckerei!** Letzteres hat stets Verzögerungen zur Folge.

Manuskripte dürfen nur einseitig beschrieben werden. **Nie mit Bleistift!** Dies hat stets Verzögerung zur Folge oder Nichtverwendung, da uns die Zeit zum Abschreiben fehlt.

Zitate müssen stets mit Quellenangabe und Datum bezeichnet sein. Einsendungen von wichtigen Zeitungsausschnitten müssen stets mit dem Namen und Datum und der Parteirichtung bezeichnet werden.

Die Pressekommission.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

7. Jahrg. Nr. 3

Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Januar 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Warum „Rationalisierung"?

Schon mehrfach ist in den Spalten der „KAZ." auf die kommende „Rationalisierung" der Betriebe hingewiesen worden, die von den Unternehmern jetzt rücksichtslos zur Ueberwindung der „Reinigungskrise" auf Kosten des Proletariats durchgesetzt wird.

Die Gewerkschaftsführer, sowie Hilferding und Genossen, die diese **Krise sich austoben lassen,** begrüßen diesen „Rationalisierungsprozeß" als überlegenes Mittel zur Senkung der Selbstkosten, wie z. B. nachstehende Meldung des „Vorwärts" vom 6. Januar 1926 in der Abendausgabe zeigt:

„**Preissenkung durch das laufende Band.** Von der **Horch-Werke A.-G. in Zwickau** wird berichtet, daß infolge der Umstellung des Betriebes auf die Produktion am laufenden Bande und durch weitgehende Verwendung hochwertiger Arbeitsmaschinen eine beträchtliche Senkung der Selbstkosten im Automobilbau erzielt wurde. Die Verwaltung habe infolgedessen eine erhebliche Ermäßigung der Preise vornehmen können; gegen den Sommer v. J. ergebe sich eine **Preissenkung um etwa 35 Proz.** Angesichts der zunehmend schlechten Absatzlage der Autoindustrie und der Klagen über die Auslandskonkurrenz hat die Erfahrung der Horch-Werke besondere Bedeutung. Sie zeigt, daß die **Senkung der Selbstkosten** durch betriebliche Umstellung, wenn sie nur auf ausreichender finanzieller Grundlage und mit genügend hoher technischer Wirksamkeit erfolgt, jedem **künstlichen Preisschutz** auch in Krisenzeiten **überlegen** ist."

Die klassenbewußte Arbeiterschaft hat verdammt **keinen Anlaß** und keinen Grund im dawesierten Deutschland und in der Niederganspertode des Kapitalismus **vom revolutionären marxistischen Standpunkt aus den kapitalistischen Rationalisierungs- und Konzentrationsprozeß zu begrüßen,** da dieser der mörderischen Profitgier der Bourgeoisie alle Tore öffnet, mit Millionen von verhungerten Proletarierleichen erkauft wird und die Sicherung der **Dividenden** mit allen Gewaltmitteln zum Ziele hat, wenn nötig auch die militärische Diktatur. Darum haben sich die Indrustriemagnaten vom Reichsverband der deutschen Industrie gleich nach Neujahr persönlich bei der schwarzrotgelben Hindenburgregierung bemüht, ihr ihre „bittere Not" in saftigen Farben zu schildern nach folgendem „Rationalisierungsprogramm":

Verringerung des Personalbestandes auf ein Minimum;
Stillegung „unrentabler" Betriebe;
Ausdehnung der Arbeitszeit auf mindestens 10 bis 12 Stunden;
Aeußerste Tiefhaltung der Löhne und Gehälter;
Höchstmaß an Arbeitsintensivität (Akkordsystem am Rolltisch und laufenden Band);
Wegfall jedes Urlaubs und aller Betriebsräte.

Dieses ungebeugt verschärfte, bis zum Weißbluten der Proletarier geschraubte Antreibersystem bedingt eine riesige Vermehrung der Unfälle, rascher Verbrauch und frühes Hinsterben der Arbeitskräfte, also systematische Dezimierung der Proletarier.

Wie tief einschneidend und **welche furchtbare Geißel** gerade für die Proletarier der Dawes-Kolonie Deutschland dieses „Rationalisierungsprogramm" der Schwerindustrie und der Banken bereits gewesen ist und noch werden soll, beleuchtet folgender Bericht der „Welt am Abend" vom 7. Januar:

50 000 Betriebe abgestorben.
Weitere 50 000 sollen absterben. — Noch
3 Millionen Arbeiter sollen entlassen werden.

Essen, 7. Januar.

Der schwerindustrielle „Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsdienst" schildert in einem Artikel die Perspektive der rheinischen Schwerindustriellen. In dem Artikel wird ausgeführt, daß die Aussichten über die Entwicklung der jetzigen Krise außerordentlich pessimistisch beurteilt werden müßten. Die Arbeitslosigkeit greife immer stärker auf die Konsumindustrie über. Im letzten Monat sei die Arbeitslosigkeit in diesen Industrien teilweise über 50 Prozent gestiegen. In einzelnen Facharbeiterverbänden von Konsumindustrien arbeiteten Ende des Jahres die Hälfte der Mitglieder verkürzt. Und von ihr wieder 30 bis 40 Prozent weniger als die halbe Arbeitszeit in der Woche.

Die pessimistische Perspektive leitet der „Rheinisch-westfälische Wirtschaftsdienst" aus den starken kurzfristigen Verschuldungen der Industrie ab. Ungefähr 40 Proz. aller Gesellschaften hätten solche Verpflichtungen in einer Höhe bis zu 25 Prozent der eigenen Mittel, während 45 Prozent mit der Hälfte und höher der eigenen Mittel kurzfristig verschuldet sind. Nach zuverlässigen Schätzungen ungefähr **100 000 Firmen zuviel existiert.** Auch bei noch so weit gehender Schätzung der im Laufe des Jahres eingehätten im Frühjahr **des Jahres 1925** in Handel und Gewerbe tretenen Konkurse, Geschäftsaufsichten, Stillegungen, stillen Liquidierungen usw. seien von diesen Firmen bis zu Ende des Jahres höchstens **erst die Hälfte verschwunden.** Danach wäre damit zu rechnen, daß die **gewaltsame Rückführung** des deutschen Wirtschaftsapparates auf die Möglichkeiten der Produktion und des Absatzes ihren weiteren Fortgang nehmen wird.

Weitere Beispiele, die sich **tagtäglich** vermehren lassen, bietet die jetzt beginnende **Lohndruckbewegung** in Hülle und Fülle u. a.:

WTB. **Furtwangen,** 6. Januar. Bei fast sämtlichen hiesigen Industriefirmen der Uhrenbranche sind die Arbeiter in den **Ausstand** getreten. Die Abstimmungen ergaben überall die Ablehnung des vorgesehenen 6prozentigen Lohnabzuges, da sich die **Arbeiterschaft** in ihrer großen Mehrheit dadurch in ihrer **Existenzmöglichkeit bedroht** sieht.

Berlin. Die **Meierei Bolle** hat, wie gemeldet, den am 3. Januar abgelaufenen Tarifvertrag gekündigt, um einen **zehnprozentigen Abbau** der zur Zeit geltenden **Löhne** herbeizuführen.

Die Weltfirma **Gebr. Simon,** Berlin, Klosterstr. 86, hat bei wesentlichen Teilen ihrer Angestellten die Gehälter bis zu **20 Prozent** herabgesetzt. — Die vielfach von Arbeiter- und Angestelltenkundschaft lebende Herrenkleiderfabrik von **Gebr. Manes,** Berlin, Holzmarktstr. 1, (Fabisch u. Co., Rosenthaler Str. 3 und Gebr. Manes, Chausseestr. 63) **sind denselben Weg gegangen.**

Ein Pfennig für die Dawes-Sklaven der Reichsbahn.

Der vom Reichsarbeitsminister Brauns als Schlichter im Lohnstreit bei der Reichsbahn berufene Staatssekretär a. D. Rudlin hat sich erneut als Vertrauensmann der Dawes-Generaldirektion bewährt. Er hat einen Spruch gefällt, nach dem die noch nicht 24 Jahre alten Eisenbahnarbeiter **überhaupt keine Lohnzulage,** die über 24 Jahre alten der Gruppen 1 bis 5 eine „Lohnzulage" von sage und schreibe **einem Pfennig,** die der Gruppen 6 und 7 eine solche von sage und schreibe **zwei Pfennig** zugebilligt erhalten. Dafür sollen in Krankheitsfällen die bisher gezahlten sozialen Zulagen ab 1. Januar wegfallen. Die Hauptverwaltung soll sich bereit erklären, „im Benehmen mit den Tarifgewerkschaften" die Ortslohnzulagen **nachzuprüfen** und, **„wenn erforderlich",** neu festzusetzen.

Ferner sind durch die Währungsstabilisierung in Dawes-Deutschland in den letzten 2 Jahren **über 200 000 Bankangestellte** beruflich „erledigt" worden, dank der Betriebs„rationaliserung" im Bankgewerbe.

Immerhin gibt es auch noch Betriebe, deren „Erzeugnisse" heute so wichtig für die Bourgeoisie sind, daß sie diese wieder arbeiten läßt: So meldete die bürgerliche Presse kürzlich folgendes:

„Die Heeresverwaltung will in den von ihr erworbenen Werkstätten des Bochumer Vereins **die Fabrikation von Geschossen** schon in nächster Zeit aufnehmen, um so einen Teil der Arbeiter wieder in Arbeit zu setzen."

Die Bourgeoisie **rüstet** also gegen den „inneren Feind" im Geiste von Locarno. Verzweiflungsausbrüche und Rebellionen der verhungernden Massen sollen mit allen Mordwerkzeugen der modernen Technik im Blute erstickt werden. Darauf deutet auch ein Artikel hin, den der Geschäftsführer **August Rosterg vom Wintershall-**Konzern in der „Deutschen Bergwerkszeitung" vom 6. Januar mit der Ueberschrift „Wie kommen wir aus der Not heraus?" veröffentlicht, in dem er u. a. schreibt, nachdem er einen **staatlichen Wirtschaftsdirektor** für 2—3 Jahre als Diktator gefordert hat:

„Er müßte in der Lage sein, **jeden Massenstreik in Zukunft unterdrücken zu können.** Jeder Mensch in Deutschland soll seine Freiheit behalten und soll selbst bestimmen, ob er arbeiten will oder nicht. Ihm muß aber verboten sein, andere Leute von der Arbeit abzuhalten und **zum Streik aufzufordern** oder gar zu zwingen. Wer aber nicht arbeiten will, hat von der Allgemeinheit keinen Unterhalt zu erwarten."

Praktisch hat der berüchtigte Rosterg den Unternehmern bereits ein Vorbild geliefert.

Bei dem von ihm geleiteten Wintershall-Konzern, der mit 45 Prozent am Kalisyndikat beteiligt ist, sind durch **„Rationalisierung"** 12 500 Arbeiter auf die Straße geflogen, während für die verbliebenen 9500 die Leistung je Schicht von einem Doppelzentner auf das Zweieinhalbfache erhöht wurde. Dazu kommt, daß die Unternehmer in steigendem Maße die Ueberwachung, Bespitzelung und Aufzeichnung der „moralischen Qualitäten" der Arbeiter in ihr **„Rationalisierungsprogramm"** aufgenommen haben.

Hieraus enthüllt sich der Arbeiterklasse deutlich das „Geheimnis" der kapitalistischen Rationalisierung und Konzentration als Vernichtungsmaschine für Millionen Besitzloser. **(Verringerung der Arbeiterschaft von 22 000 auf 9500** bei Steigerung der Arbeitsleistung bis auf das Zweieinhalbfache — s. o.) Selbst in dem „Arbeiterparadies" Amerika übten die dort zuerst angewandten Arbeitsmethoden am „laufenden Band" auf die davon betroffenen Arbeiter eine geradezu mörderische Wirkung aus. Arthur Feiler hat in seinem unlängst erschienenen Buche **„Amerika—Europa"** davon etwas berichtet. Er sah die Arbeiter am „laufenden Band" in den Werken der **Ford-Company** zu Detroit, in den **Schlachthäusern Chicagos** und in dem weltberühmten **Warenversandhaus** von Sears-Rocbuck. Von letzteren sagt er: „Sieht man ihnen zu, so fragt man sich vergeblich, was sie wohl anfangen würden, wenn sich ihnen während der Arbeit eine Fliege auf die Nase setzte; das grausige Tempo des Bandes . . . ließe ihnen keine Zeit, sie abzuwehren."

In krassestem Gegensatz hierzu stehen die märchenhaften Gewinne einer Handvoll Millionäre, die sie durch die Rationalisierung und Konzentration aus den Knochen und dem Schweiß der Ausgebeuteten erpressen. Eine treffende Illustration dazu ist z. B. das Tageseinkommen von Ford und Sohn nach einer Nachricht aus Washington.

Im amerikanischen Repräsentantenhaus hat der Abgeordnete Rainey von Illinois mitgeteilt, daß der Automobilkönig Henry Ford und sein Sohn Edsel Ford gegenwärtig alle **drei Tage eine Million Dollars** einnehmen. Wenn ihr Einkommen im selben Maßstab zunimmt wie bisher, so werden sie in elf Jahren **eine Million täglich** verdienen.

Nach einer Mitteilung im englischen Unterhaus ist die Zusammenballung des Reichtums in England in wenigen Händen so groß, daß 2 Prozent der Bevölkerung mehr als 82 Prozent des gesamten Reichtums besitzen. In Deutschland, wo jeder fünfte Einwohner hungert, sacken ein Dutzend Trustmagnaten (Anilinfarbentrust) Millionen ein als die Sklavenvögte in der Dawes-Kolonie.

Die Arbeiter mögen rechtzeitig erkennen, daß in der Todeskrise des Kapitalismus die ganze „Rationalisierung" beileibe keinen technischen Fortschritt bedeutet, wie es die Unternehmer immer so gern hinstellen, sondern durch ihre unerhört verschärften und mörderischen Ausbeutungsmethoden zu einer Sklavenpeitsche zur völligen Unterwerfung des Proletariats unter das Joch der Plutokratie wird.

Dagegen gilt es den energischen, zähen Klassenkampf zu führen. Um der Scharfmacherdiktatur als geschlossene Klasse zielbewußt und unbeugsam entgegenzutreten, sind Klassenkampforganisationen nötig, die sich nicht mit Resolutionen gegen Fürstenabfindungen u. a. befassen, sondern die Sicherung des Daseins der Arbeiterklasse durch die proletarische Revolution im Kampf gegen den Kapitalismus auf ihre Fahne geschrieben haben mit den Losungen:

Befreiung aus der kapitalistischen Hölle!
Errichtung der kommunistischen Bedarfswirtschaft unter der revolutionären Rätediktatur.

Der Schacher um die große Koalition

TU. Berlin, 8. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem der Reichspräsident heute vormittag die politische Lage und die Frage der Regierungsbildung mit dem Reichskanzler Dr. Luther besprochen hat, empfing er im Laufe des Nachmittags zu Besprechungen über den gleichen Gegenstand die Reichsminister Dr. Stresemann, Dr. Brauns, Dr. Geßler und Dr. Stingl.

Zu dieser Besprechung ist zu bemerken, daß das Zentrum und Demokraten die Sozialdemokratie energisch ermahnen, ihre durch die Zustimmung zum Locarno-Vertrag übernommenen Verpflichtungen bei der bevorstehenden Regierungsbildung allen ihren sonstigen Forderungen voranzustellen.

Kruschen-Salz

Die Kukirolperiode in den deutschen Inseratenplantagen wird abgelöst durch die Reklame für das Nervenstärkungsmittel Kruschensalz. Nachdem die Hühneraugen, die Augen armer Kindertage, schmerzlos durch Waschungen entfernt sind, zeigt sich, daß jetzt die Nerven vollkommen zusammenzubrechen beginnen. Mit Kruschensalz wird ein Heilmittel gegen Impotenz seinen Siegeszug aufnehmen. Sämtliche Medikamente haben die Tatsache gemeinsam, daß sie in der Produktion nichts kosten und ihr Wert in der Suggestion der Reklame liegt. Mit denselben Methoden arbeitet die Bourgeoisie, um das Proletariat zu einem weiteren Festhalten an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu veranlassen. Sie erfindet immer neue Zugpflästerchen. Ein Parolenfeldzug, der in rosige Zukunft weist, löst den anderen ab. Auf die Stabilisierungskur ist der Dawessegen gefolgt. Locarno ist der Anfang der paneuropäischen Entwicklung. Der Gesundungskrise hat die Reinigungskrise Platz gemacht. Und diese wiederum wird durch eine Kreditkrise gefährdet.

Bei diesr Sieges- und Krisenfolge heißt es für das Kapital, in allen diesen nicht die Nerven verlieren. Es muß nach außen der größte Optimismus in Bezug auf die Zukunftsaussichten gezeigt werden. Dem Proletariat, das am schwersten von den dauernden und ununterbrochen sich überschlagenden Krisen getroffen wird, darf auf keinen Fall gezeigt werden, daß der Wagen des Kapitals sich immer tiefer eingräbt und daß die Situation hoffnungslos ist. Die Durchhaltspolitik ist der Sinn der „geistigen" Bearbeitung des Proletariats. Die Niederlagen werden in Siege umgewertet. Jeder Rückzug des deutschen Kapitals vor der Uebermacht des vereinigten europäischen Kapitals ist ein Schritt vorwärts, weil an Stelle der wilden und anarchischen Tributbestimmung eine geregelte Tributverpflichtung getreten ist.

Die allmählich fortschreitende Legalisierung der mit dem Versailler Vertrag eingeleiteten Neuverteilung der Welt ist für das Kapital eine unbedingte Notwendigkeit geworden. Es mußte endlich einmal der dauernde Wirtschaftskrieg unterbunden werden. Der Zwang zum Kampf gegen seine hauptsächlichste Form, die Inflation und das Verlangen nach Stabilisierung der Wirtschaftsverhältnisse ging von der stärksten Kapitalmacht der Welt, dem amerikanischen Kapital aus. Für es war der europäische und der asiatische Vulkan mit seinen ununterbrochenen Eruptionen eine besonders unangenehme Störung. Diese unorganisierte Schleuderkonkurrenz mußte in die Weltwirtschaft wieder eingegliedert werden. Es war dies eine ebenso große Notwendigkeit, wie für einen Trust die Einbeziehung großer Außenseiter, die eine rücksichtslose Preispolitik treiben. Der Kampf mit ihnen ist zu kostspielig und endet erfahrungsgemäß mit einem Pyrrhussieg. Aus diesem Grunde hat sich das amerikanische Kapital zu einem Aufkauf dieser schwachen europäischen Gebilde entschlossen und zwar in der Form, daß es sie dauernd bindet. Das Charakteristische ist, daß dies durch kurzfristige Kredite erfolgt, die immer nur eine Atempause gewähren.

Trotz der Auflegung einer erheblichen Anzahl neuer deutscher Anleihen in Amerika, ist kaum eine Erhöhung der Gesamtverschuldung erfolgt, weil diese nur eine Umwandlung in kurzfristige Kredite darstellen. Einschließlich der Dawesanleihe beträgt die Höhe der amerikanischen Verpflichtungen nach einer Schätzung Schachts ca. 3½ Milliarden Reichsmark mit einer Zinsenlast von 350 Millionen Mark jährlich. Die kurzfristigen Kredite sind im Laufe der Zeit zu einer derartigen Gefährdung der deutschen Wirtschaft geworden, daß Schacht sich zu einer ziemlich eindringlichen Warnung vor weiteren Kreditaufnahmen mit kurzer Laufzeit entschlossen hat, zumal er sich durch seinen Aufenthalt bei dem jetzigen Bankier der Welt überzeugt hat, daß eine Aussicht auf einen Umschwung in dieser Beziehung nicht gegeben ist. Dieselbe Methode wird vom amerikanischen Kapital bei Italien und Belgien angewendet. Sie ist äußerst geschickt, weil sie der europäischen Wirtschaft sozusagen die Höhe des Betriebskapitals vorschreibt und seine Produktionsfähigkeit damit bestimmt. Außerdem verhindert sie auch die technische Umstellung der Produktion in diesen von ihnen abhängigen Ländern.

Gegenüber dieser Politik des amerikanischen Kapitals erfolgt immer stärker der Ruf nach einer Zusammenfassung der europäischen Wirtschaft. Die Ueberlegenheit und Beherrschung des Weltmarktes verdankt Amerika besonders seinem gesteigerten Export an Industriefabrikaten. Der Wert des Weltexportes wurde für 1913 auf 4035 Millionen Pfund Sterling angenommen, während er für 1923 auf 5299 Millionen berechnet wurde. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Preissteigerung würde sich ein ungefähr gleicher Umfang ergeben. Dagegen hat sich der Anteil der einzelnen Staaten an diesem Export im Verhältnis zu 1913 sehr geändert:

England	74½ Prozent
Deutschland	53 Prozent
Belgien	63 Prozent
Frankreich	106 Prozent
Vereinigte Staaten	120 Prozent

Das europäische Kapital steht dieser Konkurrenz machtlos gegenüber. Es ist in einzelne sich gegenseitig auf das heftigste befehdende Nationalstaaten zerfallen, unter denen ein Austausch der Produkte wegen der hohen Zollmauern ausgeschlossen ist. Dadurch werden die Produktionskosten sehr erhöht, zumal da infolgedessen auch die Produktionsstätten unrationell aufgebaut sind. Die stärkste Belastung liegt aber in dem bisherigen Umfang der Produktionsmittel.

In seinem Vortrag bei der Tagung der deutschen Maschinenindustrie hat der Geschäftsführer des Vereins, Karl Lange, die Uebersetzung gerade in diesem Zweig für stark erklärt. Er wies daraufhin, daß in Deutschland 100 Drehbankfabriken vorhanden sind, während Amerika nur halb so viel besitzt. Wir hätten aber nur 15 bis 20 nötig. Bei den Waggonfabriken ist das Verhältnis noch schlimmer. Die Zahl der Betriebe hat sich von 40 vor dem Krieg auf 60 erhöht und Aufträge liegen fast keine vor. Dieser Vorgang ist typisch. Eine Möglichkeit zum weiteren Durchhalten dieses Apparates liegt nur in der außerordentlichen Inanspruchnahme von Krediten. Die Passivität der Handelsbilanz ist in allen europäischen Staaten die Folge. Andererseits kann man sich nicht zur Verschrottung der überflüssigen Betriebe entschließen. Eine weitere Unterhaltung wäre auch zu kostspielig — so kostet der Rhein. Metallwarenfabrik die Stillegung einer Lokomotiv- und Waggonfabrik jährlich eine halbe Million Mark. Die erheblichen Opfer, die mit einem Zusammenschluß verbunden sind, werden gescheut, nur das Konkursverfahren ist als Reinigungsfaktor übriggeblieben. Dieser Weg ist außerordentlich teuer, weil er die gesamte Wirtschaft ergreift. Er ist auch keine Lösung, sondern das beste Beispiel der sich verschärfenden Anarchie. Gleichzeitig erhöht sich die industrielle Reservearmee rapid und muß sich noch weiter steigern, je mehr der sogenannte Konzentrationsprozeß fortschreitet. Die Passivität der Handelsbilanz beträgt in Deutschland im ersten Dawesjahr nicht weniger als 4,3 Milliarden Mark. Die Ausfuhr ist unter Zugrundelegung des Vorkriegswertes um 42 Prozent, die der Fertigindustrie um 33⅓ Prozent gesunken. Die Enteuropäisierung der Weltwirtschaft schreitet unaufhaltsam fort. Der Anteil Europas am Gesamthandel ist seit 1913 von 65,99 auf 56,66 Prozent im Jahre 1924 gefallen. Der Schrei nach einem Fallen der Schutzzölle geht infolgedessen durch die gesamte Fertigindustrie. Man will eine europäische Zollunion. Auf demselben Boden steht auch der Bericht des Reparationsagenten Gilbert, der sich die Aufgabe gestellt hat, möglichst gut für seine Auftraggeber das Transferproblem zu lösen. Ueberschußexport ist für ihn die Losung. Er soll einen Ausgleich der Handelsbilanz herbeiführen.

Das „Berliner Tageblatt" hat zu Weihnachten eine Rundfrage unter den Führern der deutschen Industrie über die europäische Zollunion veröffentlicht. Selbst Herr Silverberg spricht sich dafür aus, daß „die zwischenstaatlichen Zollgrenzen verschwinden müssen". Die deutsche Industrie ist plötzlich ganz international geworden. Es zeigt sich immer mehr, daß beides, Abmachungen von Locarno und Schutzpolitik unhaltbar sind. Eins von beiden muß fallen. Der Schrei nach Aufhebung der Schutzzölle hängt mit der Notwendigkeit neuer Geldmittel, der Kreditkrise zusammen.

Der Kapitalmangel ist das große Problem des Kapitals. Es wird z. B. von der „Frankfurter Zeitung" fast marxistisch erklärt: „Es sei kein Mangel an Gütersubstanz, sondern auch durch eine Veränderung in der Verteilung und Zusammensetzung einer in ihrem Gesamtumfang unveränderten Gütersubstanz können so große Teile von ihr den Kapitalcharakter verlieren, daß ein Mangel an derjenigen Disposition über Güter folgt, die Profit verspricht und von der deshalb der Fortgang des Produktionsprozesses allein abhängt. Man darf nie vergessen, daß in der kapitalistischen Welt die Produktion nicht ein Ding ist, das man um seiner selbst willen liebt, sondern, daß sie ihren Antrieb aus dem Gewinnstreben der Besitzer der Produktionsmittel erhält. Ein Teil des neu von Unternehmern herangezogenen Kapitals verfehlt seinen Zweck der Profiterzeugung und verfällt alsbald wieder der Ausschaltung aus dem Kapitalverhältnis, der Vernichtung." Absatzunmöglichkeit und Kapitalzerstörung laufen ineinander. Der Anteil des variablen Kapitals sinkt, während das konstante in sich immer mehr zusammen fällt. Die Verschuldung steigt. Die „F. Z." schätzt die Gesamtverschuldung Deutschlands an das Ausland auf 6 Milliarden Mark, von denen die Hälfte als schwebende Schulden zu bezeichnen sind. Schacht, der ewige Optant, selbst muß die Lage der deutschen Wirtschaft als zweifellos schlecht, aber nicht als hoffnungslos bezeichnen. Das deutsche Kapital ist nur in dieser Beziehung der Welt voran. Es ist das Barometer, das den Stand der Weltwirtschaft aufzeigt. Die anderen europäischen Industriestaaten, die im Prinzip dieselbe Entwicklung durchmachen bzw. durchgemacht haben, werden folgen.

Kruschensalz braucht das Kapital, das Proletariat dagegen muß aus seiner Starrheit erwachen. Es braucht die Peitsche, die zur Revolution treibt, die Erkenntnis der Situation und des Zusammenbruchs des Kapitals. Gerade in dieser für die Bourgeoisie kritischen Situation darf es nicht schlafen. Es muß nach der Maxime Caesars handeln: Es ist noch nichts vollbracht, solange es noch etwas zu vollbringen gibt.

Politische Rundschau

Monarchistische und republikanische Gauner

Durch einen achtsamen holländischen Polizisten ist das ungarische Kapitalisten- und Junkertum um sein gut vorbereitetes, sich selbst zugedachtes Weihnachtsgeschenk gekommen. Im Haag wurde eine verdächtige Gestalt mit Gaunerphysiognomie verhaftet. Der Griff war gut. Der Verhaftete entpuppte sich als ein ungarischer Oberst Baron Jankowitsch, der mit einem Kurierpaß der Regierung reiste. In seinem Besitz wurden 10 Millionen Franken falsche französische Banknoten gefunden.

Daß die ungarischen Königsmacher auch ihr Geld selbst machten, war längst öffentliches Geheimnis. Die Summen die sie wahrhaft verschwenderisch verschleuderten und verpraßten, konnten nur aus Falschmünzerei fremder Noten stammen. Wären sie aus den öffentlichen Mitteln der ungarischen Regierung gekommen, oder ungarische Noten gefälscht worden, müßte Ungarn längst durch Inflation bankrott sein. Da die Regierung an der Fälscherei selbst beteiligt war, konnte die Falschgeldfabrik solange verborgen bleiben.

Durch die Entdeckung in Holland wurde die ungarische Regierung gezwungen, wenn auch langsam und unwillig, zu handeln. Als Haupt der Verbrecherbande mußte der Fürst Windischgrätz auf energisches Drängen der französischen Regierung in Haft genommen werden. Als sein am nächsten beteiligter Komplize wurde der Landespolizeichef Emmerich von Nadossi verhaftet. Auch der Kriegsminister Graf Esaky, ein Schwager des in Holland verhafteten Jankowitsch, ist von der Partie, und selbstverständlich noch frei! Als einer der am meisten belasteten Schwerverbrecher wird der frühere Ministerpräsident Graf Paul Teleki genannt. Zwölf Abgeordnete sind schwer belastet. Im ganzen sind 45 (darunter mehrere Minister, Generale und Horthys Adjutant) der Falschmünzer bekannt, aber meistens noch in Freiheit. Da die Verbrecher gleichzeitig die „Edelsten und Besten der Nation" sind und sich z. T. aus den Machthabern der Republik rekrutieren, ist abzuwarten, ob die französische Regierung so „energisch" vorgehen kann, daß in Ungarn einer den anderen verhaftet. Im Zusammenhang zwischen der hochgestellten Fälschergesellschaft und der ungarischen Gesamtpolitik wird von der „Wiener Arbeiterzeitung" behauptet wenn die Entdeckung der Banknotenfälschung nicht unerwarteterweise erfolgt wäre, so wäre dem Lande die faschistische Diktatur, mit Albrecht Habsburg an der Spitze, als Weihnachtsbescherung zuteil geworden. Weiter gibt das Blatt folgende Darstellung:

„Graf Csaky, der Schwager des verhafteten Notenfälschers Jankowitsch, sollte die nötige bewaffnete Gewalt liefern. Der Landespolizeichef Nadossy stand als präsumtiver Innenminister in Bereitschaft, um die notwendige Polizeimacht zur Verfügung zu stellen; der politische Direktor des Ministeriums des Aeußern, Graf Karl Khuen-Hedervary der Sohn des kroatischen Banus, (des höchsten Beamten der Republik), spann die auswärtigen Fäden. Der Plan war schon so weit gediehen, daß der Ministerpräsident des Putsches, Graf Klebelsberg (der jetzige Unterrichtsminister, der auch an der Fälschung beteiligt ist. Red. d. KAZ.), in allen Provinzzeitungen der erwachenden Ungarn einen mit seinem Namen gezeichneten Artikel veröffentlichen ließ, in dem die Vortrefflichkeit der Diktatur auseinandergesetzt wird."

Der Prinz Windischgrätz, der Enkel des Feldmarschalls, der 1848 im Namen Habsburgs in Wien, Prag und Budapest die Revolution niedergeschlagen hatte war im Krieg ungarischer Ernährungsminister und gilt als die Hauptstütze der rechtsradikalen Bewegung. Diese Schufte sind es in der Hauptsache, die zusammen mit den Gewerkschaften die ungarische Räterepublik niederschlugen und das fürchterlichste Blutbad der Geschichte (außer der Pariser Kommune) am Proletariat verübten. Die Räuber fürchteten, aus ihrem gewohnheitsmäßigen Handwerk verdrängt zu werden.

Inzwischen sind bei den Verbrechern auch viele Millionen serbischer Noten gefunden worden, und die Fälschung rumänischer Noten ist nachgewiesen. Da man in Ungarn nur „findet", was durchau nichts mehr zu vertuschen geht, so kann man sich wohl denken, was dort alles gefälscht wurde. Die Platten sowie die Noten selbst sind in der staatlichen kartographischen Anstalt angefertigt. Eine Anzahl hoher Würdenträger ist nach Italien „verreist" unter den Schutz Mussolinis.

Die Gesinnungs- und Berufsfreunde dieser Leute in der deutschen Demokratischen Republik, die wilhelminischen Offiziere haben die umständliche Notendruckerei und die damit verknüpfte Schererei mit der ausländischen Polizei nicht nötig. Die wilhelminische Republik und der Reichsverband der deutschen Industire sorgen für ihre Militaristen, die ihnen im Auftrage der Sozialdemokratie und Gewerkschaften unter dem Kommando Noskes die Revolution vom Halse schafften. Zehntausende sind außerdem bei der Industrie angestellt, und bekommen obendrein noch von der Republik hohe Pensionen. Und für ihre politischen Bestrebungen werden sie von beiden finanziert. Tausende sind regulär bei der „schwarzen Reichswehr" angestellt, die bereit steht, Schupo und Reichswehr bei etwaigen Hungerrevolten zu unterstützen.

Die Republik sorgt nicht nur für ihre Fürsten. Das wilhelminische Offizierkorps ist für das Kapital ebenso wichtig zur Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung". Der neueste Skandal in Ostpreußen beweist dies ebensogut als das Offiziersdorado in Bayern. Das Reichswehrministerium hat aus den Mitteln der Republik 300 000 Mark hergegeben zur Errichtung einer Munitionsfabrik — gegen die Republik. Weitere 200 000 fälliger Tribut sind der Offizierskaste vom RWM. zum 1. April 1926 versprochen. Das diese nicht ebenfalls schon gezahlt sind hat seine Ursache nur darin, daß in den Kassen des RWM. ebenfalls Ebbe war.

Das republikanische RWM. des Demokraten Geßler zahlte 200 000 Mk. zu Anfang des Jahres 1925 und 100 000 Mk. in Raten im Sommer. Das die schwarze Reichswehr noch nicht ihre Munitionsfabrik — gegen die Republik. Weitere 200000 M. fälliger das Kapital die Monarchie garnicht wünscht. Und die Offizierskaste hat die Gelder zu einem kleinen Teil für völkische Zeitungen ausgegeben, den größeren Teil aber in gewohnter Weise verjuxt. Die Vorspiegelung der Vendée *) ist mehr der Deckmantel um die Hochstaplerkunststückchen zu verbergen, die sie anwenden müssen um ihr Prasserleben führen zu können.

So dumm sind die Leute wirklich nicht, als daß sie heute noch an eine Monarchie mit stehendem Heer und Junkerherrschaft glauben. Es ist wohl so ziemlich sicher, das der größte Teil der Offiziere, die nicht Junker und Junkersöhne sind, die Republik als Tummelplatz vorziehen. Nicht nur in Deutschland, sondern in allen jungen Republiken schmückt sich das abgehalfterte Offizierselement mit dem Glorienschein der monarchistischen Gesinnung, um beim Agrarkapital, wie bei den Bodenständigen überhaupt als „Märtyrer" schmarotzen zu können, und sich in der rückständigen Landbevölkerung für ihr Geschäft, die schwarze Reichswehr, eine breitere Resonanz zu schaffen.

*) Die Vendée (spr. Wangdeh), eine französische Provinz, stellte die Insurgentenhaufen gegen die Republik und war 1789—95 Schauplatz blutiger hartnäckiger Bürgerkriege zwischen Königtreuen und Republikanern; auch 1812, 1815, 1830 erhoben sich die Vendéer für die entthronten Bourbonen.

Kommunistische Arbeiter-Partei
Ortsgruppe Groß-Berlin.

Freitag, den 22. Januar 1926

Saalbau Friedrichshain, abends ½8 Uhr:

Revolutions-Kundgebung

Dem Gedächtnis Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und vieler tausend anderer Revolutionsopfer gewidmet.

Alfred Beierle spricht: **Die Geschichte von den sieben Gehenkten** von Leonid Andrejew

Orgelkonzert und Ansprache.

Eintrittspreis im Vorverkauf 1,— Mark, an der Abendkasse 1,50 Mark. — Eintrittskarten sind bei allen Berliner Funktionären und Zeitungs-Obleuten der KAP., sowie in der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu haben

Genossen! Sorgt für Massenbesuch!

Die Republik ist in ihrem Bestande durch die Militärkasten weniger bedroht, mehr an ihrem Geldbeutel durch deren immergierige Gefräßigkeit. Die Republik (d. h. auch wirkliche Republikaner, die in der Republik Macht und Reichtum haben, nie in der Monarchie) schützt die schwarzen Reichswehrhäuptlinge und unterstützt sie. Eine ganze Anzahl Schriftsteller und Journalisten sind wegen bloßen Veröffentlichungen über die schwarze Reichswehr verurteilt. Der Nürnberger Oberbürgermeister ist soeben seines Postens enthoben, weil er über diese in einem Prozeß aussagte. Gewiß zeugt das von der großen Macht, welche die Militärs in der Republik besitzen. Es zeugt aber auch davon, daß die Republik ihrer nötig bedarf.

Die Gefahr droht der Republik von Seiten der Arbeiterklasse. Der demokratische Betrug muß bei noch größerer Verelendung notwendig versagen. Selbst große Massen Gewerkschaftsmitglieder versagen als „Damm gegen die bolschewistische Flut". Gegen die Arbeiterklasse bezahlt die Republik die Militärs; gegen die Arbeiterklasse duldet und fördert die Republik die schwarze Reichswehr. Die Arbeiterklasse hat den geschlagenen Militärs mehr Beachtung zu schenken, als in ihrer Eigenschaft als Zechpreller und Kassenmarder.

Die Zusammenhänge zwischen Kapital und Offiziersreaktion geht auch deutlich daraus hervor, daß diese immer kühner ihr Haupt erhebt, je mehr die Wirtschaft zerfällt, je größer die Gefahr der Verelendung breiter Massen für das Kapital wird. Ist die Reaktion also eine notwendige Erscheinung des Kapitalismus, so kann sie auch nur zusammen mit diesem beseitigt werden. Der Zusammenschluß als Klasse ist für das Proletariat die Voraussetzung für die Beseitigung der Lohnknechtschaft. Der antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Kampf, nicht um Reformen, nicht um kleine Milderungen des Kapitalismus, sondern um seine Beseitigung, das ist die Losung der Stunde für die Arbeiterklasse.

Das gefährliche Weihnachtspaket

Die Wege der staatlichen Gerechtigkeit sind manchmal höchst wunderbar. Wobei man dieses schmückende Wort guten Gewissens in Ausführungszeichen setzen kann. Die Vereinigte Rev.-Unterstützungskommission sendet alljährlich an alle politischen Gefangenen, die nicht von der kommunistischen „Roten Hilfe" (IAH.) unterstützt werden, Fünf-Kilogramm-Weihnachtspakete. (Inhalt: Lebensmittel keine Druckschriften.) Ein Vertrauensmann der Unterstützungskommission hatte sich mit einer Anfrage, die die Aushändigung der Pakete an die Gefangenen betraf, auch nach Wolfenbüttel, an den Vorstand der Landesstrafanstalten, Oberregierungsrat Dr. Weiß, gewandt, die ablehnend beantwortet wurde. Die Pakete waren jedoch schon abgeschickt, wurden aber den Gefangenen nicht ausgehändigt. Es ist wirklich ein Akt kleinlichster Sabotage, wenn die Wolfenbütteler Strafvollzugsbehörden Spendengepflogenheiten, die sich in allen Strafanstalten eingebürgert haben, so engstirnig unterbinden. Moderner Strafvollzug? Selbst im inoffiziell gekrönten Bayern handhabt man diese Dinge weit weniger schikanös.

Wir ergänzen diese Notiz noch dahingehend, daß einige der Pakete die noch nicht nach Berlin zurückgesandt waren, auf Fürsprache eines Braunschweigers bei Dr. Weiß, in Wolfenbüttel noch nachträglich an Inhaftierte ausgeliefert wurden.

Die VRUK. muß gerade die „Weihnachten" wahrnehmen, den eingekerkerten Revolutionären Pakete zu senden, weil dies nur zu dieser Zeit gestattet ist. Die Bourgeoisie ist „versöhnlich" gestimmt zum „Christfest" und zeigt bei dieser Gelegenheit, daß sie auch ihren politischen Gegnern gegenüber „Mensch" ist. Um so schärfer verdient es angeprangert zu werden, daß der ultrareaktionäre Dr. Weiß in Wolfenbüttel seine Wut an den wehrlosen Klassenkämpfern darin zu kühlen versucht, daß er ihnen die Weihnachtspakete vorenthielt. Die Adressaten waren nicht sämtlich Mitglieder unserer Organisationen (aber alle Revolutionäre), wie auch die Gelder für die Pakete (die zum Teil durch die Weiß'sche Rache entwerteten) außerhalb unserer Mitgliedschaft aufgebracht waren.

Um künftighin die persönliche Privatrache eines einzelnen Reaktionärs an wehrlosen Gefangenen abzuwenden, hatten Genossen der VRUK. die obigen Tatsachen in eine kurze Notiz gefaßt und der „Welt am Abend" und später auch der „Roten Fahne" übermittelt. **Beide Blätter haben die Veröffentlichung abgelehnt!** Der Hieb gegen die „Rote Hilfe" war loyalerweise unterlassen. Die „W. a. A." ist Eigentum der IAH., die bei großen internationalen Sammlungen stets ihr warmes Herz für die politischen Inhaftierten anpreist. Wie es scheint, benützen beide „kommunistischen" Zeitungen die politischen Gefangenen nur als Werbetrommel für den kapitalistischen Aufbau Rußlands.

Die Proletarier, die für die IAH. opfern, sollten sich einmal bei der „W. a. A." (die von diesen Geldern unterhalten wird) und bei der „R. F." erkundigen, weshalb diese Redakteure nicht für die eingekerkerten Revolutionäre, sondern (durch Verschweigen) für den Oberregierungsrat Weiß eintreten.

Die Notiz über dem Stern entnehmen wir dem „Vorwärts", Abendausgabe vom 29. 12. Ob dieser sie gebracht hätte, wenn er gewußt hätte, daß der Oberreaktionär Dr. Weiß eine sozialdemokratische Größe ist, steht allerdings noch dahin. Der „Vorwärts" glaubte damit sicher nur einen Hieb zu führen gegen die reaktionäre Regierung in Braunschweig.

Bei dieser Gelegenheit muß noch erwähnt werden, daß der frühere Direktor in Wolfenbüttel, ein Deutschnationaler, den Gefangenen nicht nur Pakete, sondern auch alle gewünschten Zeitungen und Literatur, auch kommunistische, auslieferte. Der „internationalen völkerbefreienden" Sozialdemokratie ist es also vorbehalten, die Deutschnationalen an reaktionärer Gesinnung in den Schatten zu stellen. Und dem Organ der IAH., der „W. a. A." und der „kommunistischen" „R. F.", ihnen Vorspanndienste zu leisten.

Beide Zeitungen haben bis heute (9. 1. 26) die Notizen auch nicht zurückgesandt, obwohl in jedem Falle Rückporto beigefügt war!

Ein Lebenszeichen aus dem republikanischen Kerker.

Ein im Stettiner Gefängnis sich s. Zt. aufhaltender Genosse sendet uns aus Anlaß eines Weihnachtspakets folgende Zeilen:

Stettin, den 22. 12. 1925.

Werte Genossen! Euer Paket habe ich erhalten, es ist alles heil angekommen. Es ist eine Freude, ja ein Sonnenschein der Freiheit, darum die Genossen draußen so bitter kämpfen, um sich das Joch, welches auf ihnen lastet, abzuschütteln, und die Inhaftierten immer wieder beweist, daß auch die Bewegung nicht im Einhalten, sondern trotz Unterdrückung der jetzt bestehenden Kaste vorwärts schreitet. Kommt hiermit in die Traigen und Blenden gesicherte, öde Gefängniszelle. Nicht nur der Inhalt allein bringt diese Freude, sondern der Kampf und die Ansprüche, welche immer wieder an die Genossen gestellt werden, daß sie trotz der großen Arbeitslosigkeit, die Opfer und die Mittel hierfür aufbrin[illegible] gegen diesen Opfermut müssen selbst unsere Gegner, gegen die mißachtete Klasse, gegen die Verfemten, wie man uns zu nennen pflegt, die Knie beugen. Sie bringen trotz ihrer Millionen und ihrer Profitgier nicht eine Bohne auf, ja, sie gehen achtlos an denen von ihnen ausgebeuteten Opfern vorüber; das ist die bittere Wahrheit, das ist die Saat, welche in unseren Reihen gesät wird, edlere und wahrheitsliebendere Früchte trägt, als die Saat, welche diese Kaste säet.

Mit rev. komm. Gruß

Unterschrift.

Skandalöse Behandlung Arbeitsloser

Die Zustände in der Stempelstelle Winterfeldplatz haben sich zu einem empörenden Skandal ausgewachsen. In einem kleinen Zimmer in einer Holzbaracke, an einem einzigen Schalter, stempelt und kontrolliert ein einzelner Beamter tausende kaufmännische Angestellte aus Schöneberg, Charlottenburg usw. Die Einrichtung ist noch dieselbe wie im Sommer, obwohl sich die Zahl der Arbeitslosen verzehnfacht hat.

In einem Zimmer, in dem sich zur Not 20 bis 30 Menschen aufhalten könnten, pferchen sich bis zu 200 zusammen und müssen in fürchterlich stickiger Luft oft bis zu einer halben Stunde warten, bis sie die Hölle verlassen können. Doch diese Tortur ist noch das „angenehmste" auf diesem Sklavenmarkt. Sehr oft passiert es, wenn man bei Unwetter seine 6 bis 7 Kilometer zu Fuß zurückgelegt hat, daß man noch eine halbe Stunde draußen warten kann, bis sich der Raum soweit leert, daß ein neuer Trupp Einlaß erhält.

In den ersten Januartagen ist es vorgekommen, daß die Arbeitslosen mit schadhafter und durchnäßter Fuß- und Körperbekleidung in langen Reihen in strömendem Regen und in Wasser- und Schmutzpfützen auf dem Markte angetreten standen, um nur zu ihrem Stempel zu gelangen. Es macht den Eindruck, als wenn die Berliner Magistratsherren schon den Beschluß gefaßt hätten, der Bourgeoisie die überflüssigen Fresser zu beseitigen.

Bei einigem guten Willen ließ sich der Skandal sehr leicht abändern. Bei nur einmaliger Kontrolle wöchentlich und bei Benutzung des zweiten vorhandenen Schalters wären die Martern für die Arbeitslosen schon auf den vierten Teil herabgemindert. Allerdings müßte dann noch ein Angestellter beschäftigt werden. Dies dürfte der Republik doch gewiß nicht schwer fallen, die dem meschuggenen Wilhelm seine Milliarde anbot und tausenden monarchistischen Faulenzern hunderte Millionen nachwirft.

Allerdings trifft zu einem großen Teile die Arbeitslosen selbst die Schuld. Solange sie alle Fußtritte seelenruhig hinnehmen und sich in „Ruhe und Ordnung" zum Krepieren einrichten, hat die Bourgeoisie keinen Anlaß, deren Los zu mildern.

Diese Notiz wird uns von Arbeitslosen des Arbeitsnachweises Winterfeldplatz zugestellt, mit dem Bemerken, daß sie vor ca. 1 Woche der „Welt am Abend" und der „Roten Fahne" zugestellt wurde und daß beide Blätter die Aufnahme verweigert hätten! Trotzdem an beide Blätter Rückporto beigefügt war, haben sie dieselbe auch nicht an den Absender zurückgesandt. Das ist verständlich, denn die KPD., vertreten im Magistrat und in der „roten Mehrheit" im Stadtparlament, ist mitschuldig an den Zuständen. Und für die Arbeitslosen treten die Leute höchstens insofern ein, soweit dies ihren parlamentarischen Zwecken und den Interessen des russischen Kapitalismus dient.

Aus der Werkstatt der Klassenjustiz

Milde Urteile gegen zaristische Offiziere als Urkundenfälscher.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte standen die beiden ehemaligen weißgardistischen Offiziere Wolffmann und von Wahl, die wegen gemeinschaftlicher Fälschung öffentlicher Urkunden in Tateinheit mit vollendetem Betrug und wegen unerlaubten Waffenbesitzes angeklagt waren.

Die Angeklagten hatten Geschäftsleuten vorgeschwindelt, daß sie Verbindungen mit einer Großbank hätten und drehten ihnen dann Wechsel mit gefälschten Unterschriften und Stempeln an. Im ganzen wurden 12 Fälle festgestellt. Bei ihrer Verhaftung fand man bei ihnen Revolver, ohne daß sie im Besitz von Waffenscheinen waren. Im übrigen haben sie noch weitere Straftaten auf dem Kerbholz, die später zur Verhandlung gelangen werden.

Gemeinschaftliche Fälschung öffentlicher Urkunden in fortgesetzter Handlung — „bis zu 10 Jahren Zuchthaus" sagt das Strafgesetzbuch. Dazu kam noch Betrug und schließlich unerlaubtes Tragen von Waffen.

v. Wahl wird zu 6, Wolffmann zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, beiden werden 3 Monate und 2 Wochen der Untersuchungshaft angerechnet. (R. F. v. 6. 1. 26).

Gegen Arbeiter werden stets härtere Strafen von den monarchistischen Richtern verhängt!

Zwei Jahre unschuldig in Untersuchungshaft.

Leipzig, 5. Januar. Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte heute gegen zwei ostpreußische Arbeiter wegen Zugehörigkeit zu der „ostpreußischen Partisanen-Organisation". Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt, obwohl es sich lediglich um die Aushebung eines Schwarzen Reichswehr-Waffenlagers handelte. Die „öffentliche Sicherheit" sollte durch Bekanntgabe dieser Tatsache gefährdet sein! Der Reichsanwalt beantragte gegen Link vier Jahre Gefängnis und stellte die Bestrafung des Stadthaus anheim. **Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an, der auf Amnestierung plädiert hatte.** (R. F. v. 6. 1. 26.)

Ein krasser Fall dafür, mit welcher Leichtfertigkeit oft Proletarier ins Gefängnis gesperrt werden! Dasselbe dürfte für nachstehenden Fall zutreffen:

„Wie die „Sächsische Rep. Korr." meldet, wurde in Plauen i. V. die Frau des kommunistischen Stadtverordneten Olzscher unter dem Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet. (R. F. v. 8. 1. 26.)

Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus

(In deutscher Sprache.)

Monat Dezember 1925.

Arbeiterbewegung und Revolution in China. Führer-Verlag, Berlin. 160 Seiten. 0,80.
* Adler, Dr. Max: Marx als Denker. Verlag Dietz Nachf., Berlin. Leinenband 5,50.
Awaloff, General, Fürst: Im Kampfe gegen den Bolschewismus. (Erinnerungen.) Verlag J. J. Augustin, Glückstadt. 563 Seit. 125 Abbildungen, geb. 15,—.
Braun, Adolf: Die Gewerkschaften vor dem Kriege. Verlag Dietz Nachf., Berlin. (Befindet sich im Druck.)
Bienstock, Dr. G.: Neue Uier. Sammlung zeitgenössischer russischer Novellen (Rußlands neue Dichtkunst). Verlag E. Laub, Berlin. 4,—.
* Becher, Joh. R.: Der einzige gerechte Krieg. (Levifite.) (Der Roman im Zeitalter des Giftgaskrieges.) Agis-Verlag Berlin-Wien. 480 Seiten. 4,50.
Babel, A.: Budjonnys Reiterarmee. 15 Erzählungen. Malik-Verlag, Berlin. Brosch. 1,80.
* Biro, K.: Die ungarische Arbeiterbewegung seit der Rätediktatur (1919—1925). Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg. 130 Seiten. 1,—.
* Bucharin, N.: Der Weg zum Sozialismus. (Aus dem Russischen übersetzt.) Verlag für Literatur und Politik, Wien. 3,—.
Diehl, Karl und P. Mombert: Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie. Band 11 und 12 (Sozialismus, Kommunismus Anarchismus). G. Braunsche Buchdruckerei und Verlag, Mannheim-Karlsruhe. Je 3,—.
Der blutige Terror gegen die werktätige Jugend Bulgariens. Verlag der Jugend-Internationale, Berlin. 48 Seiten. 0,50.
Die 3. Konferenz (internationale) der revolutionären Metallarbeiter (März 1925). Führer-Verlag, Berlin. 68 Seiten. 0,70.
Die deutsche Arbeiterdelegation in Sowjetrußland. Verlag Carl Hoym, Hamburg. 74 Seiten. 0,50.
Desberry, Lawrence H.: Ejus. Roman aus dem Amerikanischen übersetzt von Hermynia zur Mühlen. Neue Welt Verlag, Jena. 4,50.
Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. 29 Beiträge über den Stand der deutschen und ausländischen sozialökonomischen Forschung nach dem Kriege. Verlag Dunker und Humblot, München. 2 Bände. 800 Seiten, brosch. 32,—.
„Der Parteiarbeiter". Funktionärzeitschrift der KPD. Heft 1—3 erschienen. Verlag der Viva, Berlin. Heft 0,20.
Der Aufbau der kommunistischen Parteien. Herausgegeben vom Organisationsbüro der Kommunistischen Internationale. Verlag Carl Hoym, Hamburg. 0,80.
Die Reorganisation der KPD. (Herausgegeben vom Zentralkomitee der KPD.) Verlag der Viva, Berlin. 30 Seiten. 0,20.
Eschbach, Walter: Kinderelend - Jugendnot auch eine Bilanz des Krieges. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin. 1,80.
Fairgriewe, James: Geographie und Weltmacht. Eine Einführung in die Geopolitik. Verlag Kurt Vowinkel, Berlin-Grunewald. 464 Seiten. 68 Karten. 12,—.
Fischer-Jelinek I.: Die deutschen Gewerkschaften. Milavida-Verlag, München. 1,50.
Gruntzel: Theorie des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs (Freihandel oder Schutzzoll). Verlag Hölder-Pichler-Temski, Wien. Brosch. 3,—.
Hiller, Kurt: Verwirklichung des Geistes im Staat. (Beiträge zu einem System des logokratischen Aktivismus.) Verlag Ernst Oldenburg, Leipzig. 10,—.
Kellermann, Bernhard: „Der 9. November." Roman. 51 Auflage. Verlag S. Fischer, Berlin. 5,—.
* Klaeber, Kurt: Empörer empor! (Gedichte, Skizzen.) Verlag Der Syndikalist, Berlin. 128 Seiten. 1,50.
Kerschagl: Einführung in die Methodenlehre der National-Oekonomie. Verlag Hölder-Pichler-Jemski A.-G. Wien. 4,25.
Krupskaja, Nadeschda (die Frau Lenins): Mein Leben. Verlag der Jugend-Internationale, Berlin. 0,50.
Losowsky, A.: Paris, Breslau, Scarborough. Führer-Verlag, Berlin. 0,60.
— Nationale oder internationale Gewerkschaftseinheit. Führer-Verlag, Berlin. 31 Seiten. 0,35.
— Der Kongreß der englisch. Gewerkschaften in Scarborough. Führer-Verlag, Berlin. 36 Seiten. 0,40.
London, Jack: König Alkohol. Der große autobiographische Roman. (Neue Aufl.) Gyldendalscher Verl., Berlin. Geb. 6,—.
Liefmann, Prof. Dr. R.: Vom Reichtum der Nationen. Untersuchung über die sogenannten Reparationsfragen und der internationalen Verschuldung und Währungsprobleme.) Verlag G. Braun, Karlsruhe. 142 Seiten. Brosch. 4,20.
Lamartine: Girandisten und Jakobiner (illustriert). Zentralvertrieb zeitgeschichtlicher Bücher, Berlin. 17,—.
Landenberger, Emil: Wanderjahre in Mexiko. Soziale Studien. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig. 304 Seiten, 86 Abbildungen und 1 Karte. Brosch. 6,50.
Lesebuch für Arbeiterkinder (Kalender). Herausgegeben vom Jung-Spartakusbund. Verl. Junge Garde Berlin. 120 S. 1,20.
Man, H. De.: Zur Psychologie des Sozialismus. Verlag Eugen Diederichs, Jena. 4,50.
Margueritte, Viktor: Le couple (Das Paar). Ein revolutionärer Zukunftsroman. Verlag Kurt Ehrlich, Berlin. 5,—.
Müller-Glösa, Otto: Ein Arbeitermädel. Der Roman einer Illusion. Kalmäuser-Verlag, Raunheim am Main. Brosch. 2,—.
Neubauer: Drei Milliarden fordern die Fürsten. Reichtagsrede. Viva-Verlag, Berlin. 32 Seiten. 0,10.
* Newerow, Alexander: Das Antlitz des Lebens. 13 Erzählungen. (Aus dem Russischen.) Verlag für Literatur u. Leben, Wien 8. 250 Seiten. 1,80.
Olberg, Oda: Die Entartung in ihrer Kulturbedingtheit (Bemerkungen und Anregungen). Verlag Ernst Reinhardt, München. 179 Seiten. 7,—.
Obst, Otto: Wie studiere ich Betriebswirtschaftslehre? Verlag C. E. Poeschel, Stuttgart. 3,—.
Ossendowski, Ferdinand: Im sibirischen Zuchthaus. Frankfurter Sozietätsdruckerei Frankfurt a. M. 8,50.
Piatnitzki: Organisatorische Fragen der kommunistischen Parteien. Verlag Carl Hoym Nachf. 0,90.
Protokoll des Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (II. Intern.) in Marseille 1925. Kommissionsverlag Dietz Nachf., Berlin. 5,—.
Protokoll des Sozialdemokratischen Parteitages in Heidelberg 1925. Verlag Dietz Nachf., Berlin. 3,50.
Rodbertus-Jagetzow: Neue Briefe über Grundrente, Rentenprinzip u. soziale Frage. Verl. G. Braun, Karlsruhe. Geb. 15,—.
Ramus, Pierre: Friedenskrieger des Hinterlandes. Roman. Neue Ausgabe. Im Sinne Leo Tolstois. Verlag: Erkenntnis und Befreiung, Mannheim. 309 Seiten. 3,50.
Rothe, Hans: Honoré Daumier und die Politik. Mit 64 Lithographien Daumiers. Verlag: Junge Garde, Berlin. 0,30.
Schwarz, Fritz: Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker. Verlag des Fellenberghauses in Bern. 5,— Frcs.
Seelig, Otto: Der Rätegedanke und seine Verwirklichung in Sowjetrußland. Pyramidenverlag, Berlin W 37. 128 Seiten. 4,— Mark.
Stillich, Otto: Ausbeutungssysteme. Thüringische Verlagsanstalt, Jena. 2,—.
Sinclair, Upton: Der Wechsel. Roman. Malik-Verlag, Berlin. Brosch. 2,—.
Sinclair, Upton: Die Metropole. Roman. Malik-Verlag, Berlin. Brosch. 2,—.
* Sachs, A. S.: Der wissenschaftliche Sozialismus. Gemeinverständliche Darstellung. Münster-Verlag, Wien. 128 Seit. 1,50.
v. Schoenaich, Freiherr: Lebende Bilder aus Sowjetrußland. G. Meyersche Buchdruckerei Halberstadt. 3,60.
Toller, Ernst: 20. Jahrhundert. Dokumente bayrischer Justiz. E. Laub, Verlag, Berlin. Brosch. 3,—.
Toller, Ernst: Deutsche Revolution. Rede. Verlag E. Laub, Berlin. 0,50.
* Trotzki, Leo: Kapitalismus oder Sozialismus? Neuer deutscher Verlag, Berlin. Brosch. 1,50.
Unamuno, Miquel de: „Der Spiegel des Todes". (Aus dem faschistischen Spanien). Verlag Meyer u. Jessen, München. 6,— Mark.
Vogel, Wilhelm: Zwischen Weißen und Roten. Sibirische Erlebnisse. (Zur Geschichte der russ. Revolution). Verlag der „Welt am Montag", Berlin. 200 Seiten. 3,—.
„Volk von morgen". Der Hamburger Reichsjugendtag der deutschen Arbeiterjugend. Arbeiterjugendverlag, Berlin. 2,—.
Wittfogel, Karl, August: Das erwachende China. Agis-Verlag, Wien. 200 Seiten. 2,50.
„Wir sind die erste Reihe". Bericht vom 9. Kongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands in Halle. Verlag Junge Garde, Berlin. 1,—.
Wüessing, Dr. F.: Geschichte des deutschen Volkes. Dritte erweiterte Auflage. Verlag E. Laub, Berlin. 400 Seit. 5,50.
„Wir fordern 3 Milliarden (Wilhelm II.) — Das Volk soll bezahlen! Verlag der Viva, Berlin. 0,10.

Diese Bibliographie erscheint regelmäßig jeden Monat. Die hier angeführten Schriften umfassen alle Erscheinungen der Literatur, die sich direkt oder indirekt, für oder gegen den Sozialismus und Kommunismus und dessen Weltanschauung beschäftigen.

Die mit * versehenen Schriften können wir kritischen Lesern empfehlen. Für die angegebenen Preise können wir keine Gewähr übernehmen. Besprechung einzelner Bücher vorbehalten. Rezensionsexemplare erwünscht. Alle Zuschriften sind zu richten an die Redaktion der „K. A. Z." W.

Alle in der Bibliographie angeführten Bücher besorgt schnellstens ohne Preisaufschlag die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauerstraße 49. Dieselbe gibt den Genossen kostenlos Auskunft und Rat in der Anschaffung von Literatur.

Ein neues Urteil des Staatsgerichtshofes.

Die „Rote Fahne" vom 7 Januar meldet:

Leipzig, den 6. Januar 1926. Wieder standen kommunistische Arbeiter aus Mecklenburg, dem Lande der Fememörder, wegen Vorbereitung des Hochverrats, begangen im Herbst 1923, vor dem Staatsgerichtshof. Zwei führende sozialdemokratische Gewerkschaftler, der Vorsitzende des Leipziger Gewerkschaftskartells Schilling und Gewerkschaftsredakteur Wiebold, saßen neben den Funktionären der herrschenden Klasse zu Gericht über die Arbeiter Peters, Pafkowsky und Anders aus Neubrandenburg in Mecklenburg.

Der Tatbestand ist folgender:

Peters, der seit nahezu zwei Jahren in Untersuchungshaft sitzt, Pafkowsky und Anders, die seit einem Jahre verhaftet sind, waren im Jahre 1923 Kommunisten. Als solche beteiligten sie sich an den Vorbereitungen zur Abwehr der schwer bewaffneten völkischen Putschisten in Mecklenburg. Bei Peters wurden ein paar Sprengstoffpatronen und eine geringe Menge Sprengstoff gefunden. Anders soll im Auftrage Pafkowskys Sprengstoffe vergraben und eine Pistole im Besitz gehabt haben. Obwohl Pafkowsky wegen des Besitzes der Pistole bereits vom Schöffengericht verurteilt ist, wurde gegen ihn zum zweitenmal in dieser Sache unter den „höheren Gesichtspunkten des Hochverrats" verhandelt.

Das Gericht amnestierte nur Anders und verhängte gegen Peters zwei Jahre Zuchthaus, davon 1 Jahr 8 Monate verbüßt, gegen Pafkowsky 1 Jahr vier Monate Gefängnis, davon 1 Jahr verbüßt, sowie die üblichen Geldstrafen.

Opfer der Zankow-Justiz.

Sofia, 6. Januar. Der größte Kommunisten-Prozeß in der Stadt Schumen wurde am 28. Dezember beendet. Die Genossen Germanow, Georgiew, Pentschew, Penew, Jetschew und Stoilow wurden zum Tode, **9 Genossen wurden zu lebenslänglichem Kerker und 102 Genossen zu 15 bis 1 Jahr Kerker verurteilt.** 324 von den Angeklagten wurden freigesprochen, nachdem sie im Kerker seit April 1925 saßen. Den Freigesprochenen hat die Bevölkerung der Stadt einen feierlichen Empfang bereitet.

Nach der letzten offiziellen Statistik der Polizeidirektion, deren Zahlen man kein Vertrauen schenken darf, sind in Bulgarien vom 1. Juli bis 30. Dezember 1925 folgende Mordtaten zu verzeichnen: absichtliche Morde 129, „zufällige" Morde 67, Verwundungen 167, „Selbstmorde" 82, lebendig verbrannt 7, Morde verschiedener Art 152, **„gefangene und ermordete Emigranten und Illegale 93."** (R. F. v. 7. 1. 26.)

Militärdiktatur in Griechenland

Belgrad, 6. Januar. Wie die Blätter aus Saloniki melden, herrscht unter den politischen Gegnern Pangalos Panik. Wegen **angeblicher kommunistischer Umtriebe** sind bisher mehr **als 500 Personen verhaftet** worden, darunter in der Hauptsache Angehörige der demokratischen Partei. Alle Verhafteten werden sogleich nach den Aegäischen Inseln gebracht. Unter den Verhafteten befinden sich auch zahlreiche Frauen und fremde Staatsangehörige. Allen oppositionellen Politikern ist die Ausreise verboten worden; es wurde ihnen angedroht, daß jeder Fluchtversuch mit dem Tode bestraft würde.

Pangalos hat dem Vertreter des „Temps" in Athen eine Erklärung abgegeben, in der er sagte: „Die Außenpolitik Griechenlands wird in keiner Weise geändert werden. Auch wir sind vom Geist von Locarno beseelt und hoffen, bald einen Garantiepakt der Mächte des Balkans (nach Englands Wunsch (!) unterzeichnen zu können, der die Ergänzung zu dem Pakte von Locarno darstellen wird."

Die deutschvölkische Presse teilt diese Dinge mit Genugtuung mit, zumal General Pangalos auch die Auflösung der sozialistischen Gewerkschaften und die Beseitigung des Streikrechts beschlossen hat.

Wirtschaft

Noch Zunahme der Erwerbslosigkeit

Aus Königsberg wird berichtet, daß die Zahl der Erwerbslosen im Stadtbezirk Königsberg vom 17. bis 29. Dezember von 9998 auf 11 083 gestiegen ist. In Hamburg war in der vergangenen Woche eine Zunahme der Erwerbslosenziffer um 2774 Personen zu verzeichnen. Am 15. Dezember betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Deutschland 1 057 031. In der ersten Dezemberhälfte war eine Steigerung von 57 Prozent zu verzeichnen. Für die zweite Dezemberhälfte rechnet man mit einer Steigerung von 12 bis 15 Prozent. Da die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur ungefähr ein Drittel der tatsächlich Arbeitslosen beträgt, so muß gegenwärtig mit einer Erwerbslosigkeit von weit über 3 Millionen gerechnet werden, also jeder vierte industrielle Arbeiter ist gegenwärtig arbeitslos. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß die Zahl der Kurzarbeiter, die ebenso Not leiden wie die Erwerbslosen, gleichfalls in die Millionen geht.

Den deutschen Proleten wird es heute mit der Hungerpeitsche demonstriert, daß der Privatbesitz an den Produktionsmitteln das schwerste Hemmnis für die Entfaltung der Produktivität und die Wurzel aller Krisen und Stürme ist, die das deutsche Wirtschaftsleben schon seit Jahren erschüttern.

Selbst dem dümmsten Proletarier ist es eine bekannte Tatsache, daß die Steuern, die ihm am Lohntage abgezogen werden, zur Erhaltung des Staates dienen.

Der Staat wiederum als Ueberbau der kapitalistischen Gesellschaft zur Niederhaltung des Proletariats bezahlt nicht etwa seine Organe selbst.

Ach nein, der Gummiknüppel, der auf den Proletarier niedersaust, das Mordwerkzeug, mit dem rebellierende Proletarier erstochen und erschossen werden — das alles muß der Proletarier bezahlen.

Die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge, die grandiose Unterstützung die der Staat den Erwerbslosen zukommen läßt, muß selbstverständlich wiederum der Proletarier bezahlen und wird ihm dies am Lohntage abgezogen.

Dies eben angeführte ist eine Selbstverständlichkeit, und wenn wir gezwungen sind, uns damit zu befassen, so geschieht das aus einem ganz bestimmten Grunde.

Die kapitalistische Gesellschaft hält den Knochen, den sie den aus dem Produktionsprozeß herausgeschleuderten hinwirft, für ausreichend, um die Sklaven vor dem Rebellieren abzuhalten.

Diese Pfifferlinge sind zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig; aber da die Macht in den Händen der Bourgeoisie liegt, so bezahlt sie auch diese Bettelpfennige mit den Steuergeldern der in Arbeit stehenden Proletarier.

Die KPD.-Parolen und Anträge mit ihren Forderungen an die demokratische Hungerrepublik, ihre Parlamente und Gewerkschaften zur Beseitigung des Erwerbslosenelends, erwecken Illusionen, die nicht zu verwirklichen sind.

Es kommt darauf an, nicht „parlamentarische Abstimmungssiege" zu erringen, sondern das Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl des Proletariats zu entwickeln, um den kompromißlosen Klassenkampf gegen den sich mit allen Gewaltmitteln vor dem Untergang wehrenden Kapitalismus aufzunehmen.

Riesenkonzentration in Amerika

Nach Berichten von der New-Yorker Börse schweben dort Verhandlungen über großzügige Bankenzusammenschlüsse. Die Zusammenschlüsse werden sich auf die Mechanics and Metals National Bank, die Chatham u. Phenix Bank, die National Park Bank, die Chemical National Bank, die Central Union Trust Co. und die National Bank Trust Co. erstrecken. Das Aktienkapital dieses Bankentrusts würde eine Höhe von 50 Millionen Dollars aufweisen und über Gesamtdepositen von 1465 Millionen Dollars sowie über einen Ueberschuß und unverteilte Gewinne von insgesamt 95 Millionen Dollars verfügen. Dadurch würde die National City Co., die bisher mit rund 1 Milliarde Dollars fremden Geldern die kapitalstärkste Bank Amerikas darstellte, von diesem Platze verdrängt werden.

Die Banken gehen so vor, daß sie sich vorerst paarweise zusammenschließen, um am Ende zu einem Riesentrust zusammen zu stoßen. Einige andere größere Banken werden sich der Vereinigung noch anschließen. Die endgültige Verschmelzung wird noch im Jahre 1926 perfekt werden.

Hinter dieser ganzen Bewegung steht erst eine der größten amerikanischen Großbanken die Firma Dillon, Read u. Co., die doch wahrscheinlich das ganze krönen wird. Es wird da also ein Bankgigant von unerhörter Kapitalkraft erstehen. Hinter diesem kommen dann die obengenannte National City Co. und die Morgan-Bank. Diese 3 Kapitalgrößen werden nicht nur einen Riesenkomplex des amerikanischen Kapitals beherrschen, sondern auch eine gewaltige Macht in Europa ausüben.

Die Hauptmotive der Verschmelzung sollen die Steigerungen der Unkosten des Bankgeschäfts an und für sich, sowie der Wunsch sein, den unnötigen Wettbewerb zu beseitigen und die Betriebsausgaben herabzumindern, die das nebeneinanderbestehen der hunderte Zweigstellen erforderte.

Der New Yorker Bankenzusammenschluß ist für die europäische Wirtschaft von größter Bedeutung. Europa kommt in die Macht eines Herrn. Sind diese Banken es doch zum größten Teil, die viele Milliarden Dollar in der europäischen Industrie haben. Die Staaten stecken vollständig in ihrer Zinszange. Die Eisenbahn-, Post-, Zoll- und Steuereinnahmen ganzer Staatengebilde sind ihnen verpfändet. Eine ganze Anzahl europäischer Tabakmonopole wird von ihnen ausgebeutet. Dasjenige Polens ging vor kurzem in Dillons Besitz über. Um die Uebernahme des französischen Tabakmonopols verhandelt er gegenwärtig.

Das amerikanische Finanzkapital schlägt in die paneuropäische Wirtschaftsunion Bresche, bevor noch der Gedanke eine richtige Formation erhält. Und dabei fressen immer die Großen die Kleinen.

Der wirtschaftliche Gegensatz: Amerika — Europa

Amerika gegen internationale Wirtschaftskonferenzen. Wie die „New York Evening Post" berichtet, hat der amerikanische Handelsminister Hoover erklärt, daß er gegen jede Teilnahme an Wirtschaftskonferenzen irgend welcher Art sei. Solche Konferenzen würden nur zahllose Komplikationen mit sich bringen. Was die Möglichkeit von Handelsrepressalien anbetrifft, so würde die Einführung solcher Maßnahmen die **gänzliche Zerstörung der wirtschaftlichen Struktur der Welt** bedeuten. Die Regierung der Vereinigten Staaten, so fügte er hinzu, würde sorgfältig alles vermeiden, was auch nur den Anschein von Repressalien gegen Nationen haben könnte, die beschuldigt würden, übermäßige Preise für Rohmaterialien, besonders für Gummi und Kaffee, zu fordern.

Aus Berichten, die dem Präsidenten Coolidge zugingen, ist zu entnehmen, daß die allgemeine Geschäftslage am Ende dieses Jahres eine wachsende Prosperität im Jahre 1926 erwarten läßt.

Der Generalpostmeister erklärte, daß die Geldpostanweisungen nach Europa zu Weihnachten die bedeutendsten seit dem Kriege waren. Die Anweisungen nach Deutschland nahmen gegenüber dem Vorjahre um 43, die nach Polen um 49 Prozent zu.

Ein Weltkunstseidetrust

Zwischen einer Anzahl der größten Kunstseidefabriken schweben Verhandlungen über einen Zusammenschluß. So z. B. zwischen den Vereinigten Glanzstoffwerken, der Curthalds-Gesellschaft, der Snia, Viscosa u. a. Die führende italienische Fabrik hat ein Drittel ihres Kapitals an englische Fabriken abgetreten. Die bedeutendsten deutschen Firmen sowohl wie auch französische und englische sind wieder mit amerikanischen Werken verschwägert.

Die beiden zuerst genannten Werke haben die Errichtung einer großen Fabrik in Deutschland beschlossen. Fast alle europäischen Kunstseidefabriken an erster Stelle die deutschen, haben zusammen mit amerikanischen Firmen unlängst in Amerika Werke errichtet, bzw. sich an solchen beteiligt. Der Gedanke eines internationalen Zusammenschlusses liegt also nahe.

Obwohl die Kunstseide (als das billigere Produkt) noch ein großes Feld vor sich hat, würde dieses wilde drauflosgründen in kurzer Zeit zur Ueberproduktion führen. Diese zu verhüten, ist nötigenfalls einzuschränken und die Preise zu „regeln", ist die Triebfeder der Konzentration des Kunstseidekapitals

Verlängerung des 100 Millionen-Kredits an die Sowjet-Union.

Der deutsche Kredit an Rußland ist um 3 Monate verlängert worden. Die Verlängerung wird damit begründet, daß ein großer Teil der Lieferungstermine über die Ablaufsfrist des Kredites hinausging, so daß er nicht voll in Anspruch genommen werden konnte. Sowjet-Rußland hofft, daß die deutsche Großfinanz nach 3 Monaten den Kredit nochmals um ein Vierteljahr verlängert. Also werden die russischen Proletarier weiter einen Teil ihrer Arbeitskraft dafür einsetzen müsen, damit die deutschen Großbanken einen hübschen Profit einstecken können.

PROLETARIER Nr. 1

erscheint demnächst

Preis des Heftes 0,50 Mark

Aus dem Inhalt:

Die weltpolitische Lage seit Locarno und das Proletariat — Das Agrarproblem — Geopolitik und Geo-Oekonomie — Die Zollfragen und die Arbeiterklasse — Bücher — Notizen — Bibliographie.

Entfaltet erhöhte Propaganda

Jugendbewegung

Es beginnt zu dämmern

Rote Jungstürmer werden der Militärspielerei überdrüssig.

Zweck und Ziel der Gründung des „Roten Frontkämpferbundes" und des „Roten Jungsturmes" ist es, die gefühlsmäßig eingestellten revolutionären Proletarier durch Anpassung an ihre rückständige kleinbürgerliche Ideologie über den Weg dieses „Sammelbeckens der revolutionären Proletarier" den konterrevolutionären Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei zuzuführen. Obwohl es dieser „revolutionären" Partei bis heute gelungen ist, durch Abhaltung von Dutzenden roten Paraden und Uebungen der roten Frontkämpfer, dieselben von der wirklichen revolutionären Klassenorganisation, der Allgemeinen Arbeiter-Union, abzuhalten, gelingt ihnen auf der anderen Seite die Treibjagd zu den Orgeschgewerkschaften doch nicht. Die ganzen Bestrebungen der KPD. in Bezug des RFB. sind in Halle zu einem großen Fiasko geworden, daß man, wie in den meisten größeren Städten, von einer offenen antigewerkschaftlichen Stimmung reden kann. So wenig politisch geschult diese bei jedem proletarischen Aufstand aktiven Kräfte sein mögen: das eine haben sie erkannt, daß der größte Teil ihrer im Kampfe gefallenen und bestialisch ermordeten Klassengenossen das Opfer der kapitalserhaltenden Gewerkschaften und deren prominenten Führer, wie Noske, Severing und Hörsing, waren. Aber trotzdem lassen diese Proletarier sich immer noch für gewerkschaftliche und KPD.-Komödien gebrauchen, wie es am Sonntag, den 20. Dezember, in den meisten Städten Mitteldeutschlands der Fall war. Sie konnten noch nicht verstehen daß derartige „revolutionäre" Aktionen unsinnig sind und konterrevolutionär wirken müssen. Obwohl die meisten sich selbst und ihrer Klasse gegenüber grundehrlich denken, entscheidet hier weniger die Erkenntnis, als kleinbürgerliche Neigung und Glauben, so daß sie trotz ihrer bitteren Erfahrungen sich noch nicht von der Illusionspolitik der KPD. trennen können.

Um so erfreulicher ist es, daß sich in Halle zeigte, daß alle roten Parademärsche und die Erziehung zur militärischen Disziplin ihre Wirkungskraft vor der revolutionären Propaganda der KAJ. und KAP. zu verlieren beginnen. Als die Mannen des RFB. im Takte der Militärkapelle stolzerhobenen Hauptes durch die Straßen Halles marschierten und unzählige Schilder mit unzähligen illusionären Forderungen mit sich trugen, da kamen sie auch an einem Trupp früherer Kameraden des „Roten Jungsturms" vorbei, welche durch intensive agitatorische Arbeit der KAJ. zu derselben gestoßen waren. Zuerst verdutzte Gesichter, dann entrüstetes Geschrei über die sogenannte Quertreiberei der KAJ. Die im Spalier stehenden Spießer wurden auf die für die Demonstranten peinliche Situation aufmerksam, bis endlich ein Bonze herangeeilt kam, welcher die noch in voller Jungsturm-Uniform dastehenden Genossen aufforderte, sich in den Zug zu scheren, worauf ihm von unseren Genossen die Antwort zuteil wurde, daß sie kein Interesse hätten, für die illusionären Forderungen der KPD. zu demonstrieren.

Nur so weiter, Jugendgenossen! Zeigt den Mitgliedern des „Roten Jungsturms" und der KJV. die konterrevolutionäre Haltung ihrer Organisationen in Frage der Gewerkschaften und des bürgerlichen Parlamentarismus auf. Erklärt ihnen die Notwendigkeit der Stärkung der einzigen Klassenkampforganisation, der Allgemeinen Arbeiter-Union, zur Durchführung der proletarischen Revolution! Es beginnt auch im „Roten Jungsturm" zu dämmern. Aktive Arbeit muß die der Militärspielerei überdrüssig werdenden Mitglieder des R. J. St. für den revolutionären Klassenkampf gewinnen.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Bezirksführer!

Am **Dienstag, den 12. Januar,** abends ½8 Uhr, findet eine **erweiterte Sitzung der Berliner Zentrale** bei **König**, Langestraße 54, statt (nicht Schule, Gipsstraße). Hierzu sind die Diskussionsredner und Referenten einzuladen.

Der Arbeits-Ausschuß.

Allgemeine Arbeiter-Union
Kommunistische Arbeiter-Partei.
Donnerstag, den 14. Januar 1926,
nachmittags 2 Uhr:
Große öffentliche
Erwerbslosen-Versammlung
in
Neukölln, Kindl-Brauerei, Hermannstraße.
Thema:
Steigendes Elend. — Was ist zu tun?

2. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7.30 Uhr, im Lokal Oehlschläger, Berlichingenstraße 5, Mitgliederversammlung. Referat: **Die Entwicklung der Religion und des Gottesglaubens.** — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

3. Unterbezirk (Wedding). Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal von Köhn, Neue Hochstraße 28. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7.30 Uhr Mitgliederversammlung, bei Jakob, Galvanistraße 7. Vortrag: **„Die Akkumulation des Kapitals".** Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

17. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bartsch, Neue Bahnhofstraße. Sympathisierende mitbringen. Referat über **„Psychoanalyse und Marxismus".**

19. und 20. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung in Reinickendorf, Ecke Sommer- und Seebeckstraße. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Mitarbeiter! Berichterstatter!

Einsendungen für die Presse sind stets an den Verlag, Berlin O. 17, Warschauer Straße 49 oder an die Pressekommission zu übermitteln. **Nie an die Druckerei!** Letzteres hat stets Verzögerungen zur Folge.

Manuskripte dürfen nur einseitig beschrieben werden. **Nie mit Bleistift!** Dies hat stets Verzögerung zur Folge oder Nichtverwendung, da uns die Zeit zum Abschreiben fehlt.

Zitate müssen stets mit Quellenangabe und Datum bezeichnet sein. Einsendungen von wichtigen Zeitungsausschnitten müssen stets mit dem Namen und Datum und der Parteirichtung bezeichnet werden.

Die Pressekommission.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Scherneil-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 78.

7. Jahrg. Nr. 4 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Januar 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zählung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der „Retter" befiehlt!

Das wochenlange Hin- und Herpendeln um die neue Regierung in der deutschen Demokratischen Republik soll jetzt durch einen Befehl des „Retters" kurzerhand beendigt werden. Darüber wird amtlich u. a. mitgeteilt:

> „Er (Hindenburg) müsse aber nunmehr **dringend bitten, mit aller Beschleunigung** eine **endgültige Klärung** darüber herbeizuführen, ob eine konkrete Möglichkeit zur Schaffung der Großen Koalition vorliegt. Eine weitere Verzögerung durch die Wiederaufnahme von programmatischen Erörterungen der Parteien erscheine ihm nicht vertretbar. Deshalb bitte er, bis **spätestens Donnerstag vormittag** ihm das Ergebnis der zwischenparteilichen Verhandlungen mitzuteilen."

So bietet der bürgerliche Parlamentarismus, an dem sich jeder „Volksgenosse" durch Abgabe eines Stimmzettels für irgendeine Partei beteiligen kann, ein Bild kläglichster Unentschlossenheit und Unterwürfigkeit. Die kleinbürgerlichen Sozialpatrioten haben noch nicht den „Mut zur Verantwortung" für die Große Koalition ganz aufgebracht. Sie lassen in den Reihen ihrer eigenen Anhänger erst darüber abstimmen, wer für und gegen die Große Koalition ist, und der vielgewandte Scheidemann hat es bereits fertiggebracht, auf einer am 10. Januar in Kassel abgehaltenen Bezirkskonferenz der SPD.-Funktionäre von Hessen-Kassel eine Entschließung für die Große Koalition durchzudrücken.

Gewiß haben sich noch große Bezirke gegen die Große Koalition erklärt, wie z. B. Groß-Berlin, Sachsen, Ruhrgebiet, aber das Ultimatum Hindenburgs wird auch noch manches Wunder unter den augenblicklichen Gegnern der Großen Koalition bei der SPD. zustande bringen. Wegen der Mindestforderungen läßt sich reden; nur „die große Notlage" zwingt diese Sozialchauvinisten dazu, sie aus taktischen Gründen noch aufrecht zu erhalten. Das hat der preußische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Otto Braun, der seit Jahren die Regierung der Großen Koalition in Preußen leitet, richtig erkannt, wenn er laut „Vorwärts" vom 12. 1. 26 erklärt:

> „Von **„Bedingungen"** und **„Programmen"** halte ich nach meinen Erfahrungen nichts. Verstehen **die Männer**, die wir ins Kabinett **entsenden**, sich durchzusetzen, dann können sie aller schöner Bedingungen und Programme entraten. Gelingt ihnen das nicht, dann nützen ihnen auch alle **Bedingungen und Programme nichts."**

Trotzdem also auch die SPD. sich klar darüber ist, daß bei dieser Wirtschaftskrise in Deutschland vielleicht als einzigster Ausweg der Artikel 48 der „Weimarer Verfassung" übrig bleibt, fällt es ihr schwer, dem Vollzugsausschuß der besitzenden Klassen das erforderliche demokratische Ansehen durch ihren Eintritt zu verleihen. Diese Krisenwelle hat zuviel Zündstoff erzeugt: Massentlassungen, Stillegungen, Lohnabbau, Kurzarbeit müssen selbst die unvergängliche Schafsgeduld des deutschen Proletariats zum Zerreißen bringen. Noch gelingt es, die Erregung und Empörung großer Arbeitermassen abzulenken durch die Propaganda für den „Volksentscheid" für die Enteignung der in Jahrhunderten zusammengeraubten Reichtümer der abgesetzten fürstlichen Tyrannen. Gemeinsame Demonstrationen und Resolutionen der KPD. und Gewerkschaften in allen Städten und Betrieben stärken dieses Manöver, das auch in den Kreisen des durch die Inflation enteigneten Mittelstandes großen Anklang findet. Die nach der Novemberrevolution 1918 erforderliche restlose Beschlagnahme aller von den entthronten Despoten zusammengerafften Reichtümer ist damals wegen der Schwäche und Weichherzigkeit der Proletarier Deutschlands unterlassen worden und kann auf dem Wege des bürgerlichen Rechts (auf Privateigentum) rechtlich und politisch zugunsten der einstigen Despoten entschieden werden, trotzdem in der Todeskrise des Kapitalismus Millionen von Proletariern hungern und im Elend verrecken.

Ebenso illusionär ist die von der KPD.-Fraktion im Reichstag eingebrachte Interpellation, die von der Regierung der deutschen Kapitalsrepublik alle möglichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswüchse des Rationalisierungsplanes der Unternehmer „erzwingen" will. Abgesehen davon, daß eine kapitalistische Regierung, deren Weg über die Leichen von Tausenden von Proletariern gegangen ist, niemals sich gegen die notwendigen Maßnahmen wenden wird, die aus den innersten Tendenzen des Kapitalismus entspringen, wird der Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Ausbeutung als ganzes dadurch nur zu verschieben versucht. Die Forderung z. B.

> „Durch ein **großzügiges Wirtschaftsabkommen mit Sowjetrußland**, das bei niedriger Preisbildung ein Absatzmarkt ist, dem größten Teil der deutschen Arbeitermassen nützliche Lieferungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen?

würde dem bankrotten Kapitalismus die durch den abgeschlossenen russisch-deutschen Handelsvertrag bereits vorhandene Möglichkeit, die Naturreichtümer Rußlands und die Arbeitskraft des russischen Proletariats auszubeuten, nur noch erweitern. **Deutschlands Kapitalisten sollen am kapitalistischen Aufbau Rußlands genesen!**

Sieben Jahre nach dem Spartakusaufstand, sieben Jahre Erfahrungen im Klassenkrieg sollten eigentlich hinreichen, um allen denkenden Proletariern begreiflich zu machen, wo der Hebel zum Sturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems anzusetzen ist. Während vor sieben Jahren das revolutionäre Berliner Proletariat für den Kampf um seine revolutionären Räte verblutete, liegen heute großen Massen der Arbeiterklasse Deutschlands betrogen und enttäuscht von dem „Wiederaufbau" des fluchwürdigen Profitsystems auf der Straße, ohne mit klarer Erkenntnis ihrer Klassenlage daran zu gehen, sich von ihrem Todfeind, der bürgerlichen Gesellschaft, zu befreien. Die Losung lautet: Rüsten! Der Zusammenschluß in den Betrieben und Arbeitsnachweisen in Kampforganisationen mit selbstgewählten Führern, die jederzeit in der Hand der Proletarier sind und von diesen überwacht werden, ist der erste Anfang für die notwendige **eiserne proletarische Klassenfront** gegen die vereinigte Front der Kapitalisten mit ihren Hakenkreuzlern, Gewerkschaftsbeamten und Söldnern. **Schmiedet Euch diese revolutionären Waffen, Proletarier! Die Kommunistische Arbeiter-Partei und die Allgemeine Arbeiter-Union rufen Euch dazu auf!**

Kommunistische Arbeiter-Partei
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Freitag, den 22. Januar 1926
Saalbau Friedrichshain, abends ½8 Uhr:
Revolutions-Kundgebung
Dem Gedächtnis Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und vieler tausend anderer Revolutionsopfer gewidmet.
Alfred Beierle spricht: Die Geschichte von den sieben Gehenkten von Leonid Andrejew
Orgelkonzert und Ansprache.
Eintrittspreis im Vorverkauf 1 Mk. Karten bei allen Berliner Funktionären und Zeitungs-Obleuten der KAP., sowie in der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu haben
Genossen! Sorgt für Massenbesuch!

Donnerstag, den 14. Januar 1926,
nachmittags 2 Uhr:
Große öffentliche
Erwerbslosen-Versammlung
Neukölln, Kindl-Brauerei, Hermannstraße.
Thema:
Steigendes Elend. — Was ist zu tun?

Mossul – der Weg nach Indien

Ein Kernproblem der Weltpolitik.

II.

Es läßt sich heute wohl schon mit einiger Sicherheit voraussagen, daß die Türkei in den sauren Apfel beißen wird. Einer Macht alleine würde sich die Türkei nie fügen; auch schwerlich England und Frankreich gemeinsam nicht. Hinter beiden steht aber der Völkerbund. Darin spiegelt sich die internationale Konzentration des Kapitals wieder, daß diese England seinen Weg nach Indien, seine Lebensader retten half.

Das war nicht immer so. Frankreich hat selbst während des Weltkrieges, als für es alles auf dem Spiele stand, England auch gegen größere Versprechungen nicht solch große Konzessionen gemacht, oder, sagen wir noch deutlicher, ihm nicht solch große Dienste geleistet. England war im Versprechen aber immer großzügig; jetzt hat es wieder in einem seiner traditionellen „unblutigen" Kriege einen seiner größten Siege errungen.

Die Veröffentlichung der Geheimakten des russischen Außenministeriums aus der Kriegszeit durch die Bolschewisten haben gezeigt, daß der Streit um die „ottomanische Erbschaft" die Entente schon 1915/16 gefährdete. Mindestens wäre damals ein glänzender Friedensschluß für die Mittelmächte möglich gewesen — wäre Militarismus nicht ein blindwütiger kurzsichtiger Apparat, der die Bewegung und Ausdehnung als Lebenselement ebenso nötig hat, als seine Plattform, der Kapitalismus.

Durch ein Geheimabkommen (Sykes-Picot) vom Februar 1916 zwischen England und Frankreich erhielt letzteres Syrien, Cilicien, Nordmesopothamien einschließlich des Mossulgebietes. Nichtsdestoweniger besetzte England sofort mit Kriegsende Syrien und das Mossulgebiet, weil Frankreich unfähig war, sich zu wehren. Das bolschewistische Rußland, die Unruhen in Deutschland, in Frankreich, ja auch die großen Streiks in England und die nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen der asiatischen Völker waren die Ursache, daß England 1920 in San Remo einen Teil des Frankreich 1916 vertraglich Zugestandenen, Syrien, ihm wieder zurückgab, aber nur unter der Bedingung, daß Frankreich auf die besten syrischen Landesteile (Palästina und Transjordanien) und das Mossulgebiet verzichtete.

Alle die Kriege und Aufstände in Vorderasien in der Nachkriegszeit sind von England angezettelt, um den Keil, das französische Syrien, der in sein Gebiet hineinragt, zu beseitigen, bzw. Frankreich den Besitz zu verleiden. Nicht nur die französische Presse hat dies nachgewiesen. „Zuerst in Syrien Unruhe stiften, dann aber zu deren Unterdrückung Frankreich Beistand versprechen, damit es auch seinerseits in der Mossulfrage den englischen Standpunkt unterstütze, das ist die Politik Ameris", schrieb kürzlich die englische „Daily News".

Sogar der offizielle Bericht Englands über einen Vertrag mit Frankreich, der die „Nichteinmischung in die gegenseitigen Angelegenheiten, dafür gegenseitige Unterstützung beschloß, läßt Rückschlüsse auf die englische Politik gegen seine Verbündeten zu. Der englische offizielle Bericht besagt: „Nunmehr dürfen die (syrischen) Aufständischen nicht mehr in Palästina Zuflucht finden." Diesem Satz hat die „Daily News" mit vollem Recht hinzugefügt: „das heißt also, daß sie wirklich bis jetzt in Palästina Zuflucht fanden, daß auch England mittelbar die Aufständischen unterstützte!" Nichts anderes will auch der „Times"-Bericht besagen: „Der (englische) Oberkommissar Palästinas, Lord Plumer, hat schon den Belagerungszustand in den (syrischen, d. h. französischen) Grenzgebieten erklärt. Außerdem hat die englische Regierung dem militärischen Oberbefehlshaber Transjordaniens befohlen, das Vorrücken der Drusen zu hindern."

Die englische Politik läuft da hinaus, ganz Vorderasien einer gemeinsamen Verwaltung zu unterstellen und unter einen gemeinsamen militärischen Schutz. Die wirtschaftliche Beraubung und politische Unterdrückung unter dem Schutz des allein „rechtsprechenden" „Völkerbundes", unter englischer Vorherrschaft, das ist Englands politisches Ziel. Die Existenz des europäischen Kapitalismus hängt davon ab, daß es Asiens Entwicklung nur soweit zuläßt, daß es ihm seine Waren abkauft, nicht aber so weit, daß es ihm Konkurrenz macht. Der eiserne Zwang, aber auch Maschinen und überflüssige Techniker nach den Kolonien abzusetzen, wird die Verträge der Lächerlichkeit verfallen lassen, wie England im Orient, wie der Kapitalismus überhaupt seine Verträge stets nur als einen Fetzen Papier betrachtete.